

Open Government in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2017

Wie steht es mit dem offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln?

Gutachten
zur Bundestagswahl 2017
#BTW17

Version vom 30.08.2017

Prof. Dr. Jörn von Lucke
Jan Etscheid
The Open Government Institute
Zeppelin Universität Friedrichshafen

Zeppelin Universität gemeinnützige GmbH
Am Seemooser Horn 20 88045 Friedrichshafen | Bodensee

Präsidentin Prof Dr Insa Sjurts
Geschäftsführung Prof Dr Insa Sjurts (Sprecherin) | Matthias Schmolz
Präsidium Prof Dr Insa Sjurts (Vorsitzende) | Matthias Schmolz
Prof Dr Alexander Eisenkopf | Prof Dr Helmut Wilke | Said D. Werner

Sitz der Gesellschaft Friedrichshafen | Amtsgericht Ulm HRB 632002
Sparkasse Bodensee IBAN DE79 6905 0001 0023 6085 08 SWIFT-BIC SOLADES1KNZ

Jörn von Lucke

Prof Dr

Lehrstuhl für Verwaltungs-
und Wirtschaftsinformatik

The Open Government Institute (TOGI)

Fon +49 7541 6009-1471
Fax +49 7541 6009-1499

joern.vonlucke@zu.de

<http://togi.zu.de>



Zusammenfassung

Ein offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln genießt nicht erst seit dem Beitritt Deutschlands zur Open Government Partnership im Dezember 2016 an praktischer Relevanz. Offenheit lässt sich heute etwa mit Portalen, Informationsfreiheitsgesetzen, Bürgerdialogen, kommunalen Beteiligungshaushalten, digitalen Petitionen und offenen Geodaten sehr unterschiedlich realisieren. Erst Mitte August 2017 beschloss die Bundesregierung ihren ersten eigenen Nationalen Aktionsplan zur Open Government Partnership mit 15 Verpflichtungen für die kommenden zwei Jahre. Doch inwiefern wird Open Government als Aspekt des E-Governments von den Parteien in ihren Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2017 thematisiert? Zur Beantwortung dieser Frage untersuchte The Open Government Institute (TOGI) der Zeppelin Universität die bis Juli 2017 beschlossenen Wahlprogramme von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke sowie jene der aktuell nicht im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien FDP, AfD, Freie Wähler sowie Piratenpartei. Dabei wurden die Programme anhand von Aussagen zu den Themenkomplexen Open Government im Allgemeinen, Transparenz, Bürgerbeteiligung, Zusammenarbeit, offene Daten, offener Haushalt, offene Wissenschaft, offenes Bildungswesen sowie offene gesellschaftliche Innovationen miteinander verglichen.

In allen untersuchten Wahlprogrammen können Forderungen zu einem offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln identifiziert werden. Dabei finden sich sowohl allgemein gehaltene Forderungen und Zielsetzungen als auch konkrete Vorschläge wie die Einführung eines Lobbyregisters, einer legislativen Fußspur, Volksentscheide auf Bundesebene oder die Verknüpfung von öffentlicher Forschungsförderung mit einer freien Veröffentlichung der Ergebnisse. In Qualität wie auch Quantität zeigen sich hinsichtlich der Forderungen jedoch deutliche Unterschiede zwischen den Parteien. CDU/CSU, FDP, AfD und Freie Wähler messen Open Government in der Gesamtheit eine vergleichsweise geringe Bedeutung bei. Sie greifen lediglich einzelne Forderungen heraus. SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke sowie die Piratenpartei äußern sich zu einem weiten Spektrum an Themen, jeweils mit individuell eigenen Schwerpunkten. Transparenz wird dabei von der SPD, den Grünen, den Linken sowie der Piratenpartei in den Fokus gerückt. Bürgerbeteiligung und Zusammenarbeit werden von Bündnis 90/Die Grünen, den Linken sowie der Piratenpartei betont. Offenheit im Bildungssektor wird von den Grünen, der Linken, der FDP und der Piratenpartei eingefordert.

Unabhängig vom Wahlausgang und den an der Regierung zu beteiligenden Parteien wird die Digitalisierung in der kommenden Legislaturperiode eine wichtige Rolle spielen. Staat und Verwaltung werden sich grundlegend verändern. Daher erscheint es auch nicht überraschend, dass in allen untersuchten Wahlprogrammen Forderungen zu einem offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln enthalten sind. Die 15 Verpflichtungen des Nationalen Aktionsplans zur Open Government Partnership sowie die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen über den IT-Planungsrat werden zudem für alle Parteien tragbar sein. Abhängig von der künftigen Regierungszusammensetzung sind nun weitere inhaltliche Schwerpunkte auf die Agenda zu setzen und zu implementieren.

Prof. Dr. Jörn von Lucke ist Professor der Zeppelin Universität, Direktor vom The Open Government Institute (<http://togi.zu.de>). Er wirkt im Arbeitskreis OGP Deutschland (<http://opengovpartnership.de>) im Auftrag der Fachgruppe Verwaltungsinformatik der Gesellschaft für Informatik e.V. (<http://fg-vi.gi.de>). mit Jan Etscheid ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut in Friedrichshafen.

Inhaltsverzeichnis

1	Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2017	1
2	Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln	3
3	Open Government in den Wahlprogrammen der Parteien	6
3.1	CDU/CSU	6
3.2	SPD	6
3.3	Bündnis 90/Die Grünen	8
3.4	Die Linke	9
3.5	FDP	10
3.6	AfD	11
3.7	Freie Wähler	12
3.8	Piratenpartei	13
4	Themenkomplexe des Open Governments in den Wahlprogrammen	14
4.1	Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln (Open Government)	14
4.2	Transparenz des Regierungs- und Verwaltungshandelns	15
4.3	Bürgerbeteiligung im politischen Prozess (Partizipation)	16
4.4	Zusammenarbeit im Verwaltungshandeln (Kollaboration)	18
4.5	Freie und offen zugängliche Verwaltungsdaten (Open Government Data)	19
4.6	Öffnung von Haushaltswesen und Haushaltsdaten (Open Budget 2.0)	20
4.7	Open Access und Open Education	21
4.8	Web 2.0-Technologien und Social Media im öffentlichen Sektor	22
4.9	Offene Gesellschaftliche Innovation	23
4.10	Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürger am Wahlprogramm	23

5 Vergleichende Übersicht zum Offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln in den Wahlprogrammen.....	25
5.1 Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln (Open Government)	25
5.2 Transparenz des Regierungs- und Verwaltungshandelns	26
5.3 Bürgerbeteiligung im politischen Prozess (Partizipation)	27
5.4 Zusammenarbeit im Verwaltungshandeln (Kollaboration).....	28
5.5 Freie und offen zugängliche Verwaltungsdaten (Open Government Data).....	29
5.6 Öffnung von Haushaltswesen und Haushaltsdaten (Open Budget 2.0).....	30
5.7 Open Access und Open Education	31
5.8 Web 2.0-Technologien und Social Media im öffentlichen Sektor.....	32
5.9 Offene Gesellschaftliche Innovation	33
5.10 Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürger am Wahlprogramm	34
6 Fazit: Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln im Wahlkampf	35
Betrachtete Wahlprogramme	37
Literatur.....	38

Abkürzungsverzeichnis

5G	Mobilfunknetzwerke der fünften Generation
ADV	Automatisierte Datenverarbeitung
AfD	Alternative für Deutschland
AK OGP	Arbeitskreis Open Government Partnership Deutschland
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
BLA	Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Förderung des Open Government
BMI	Bundesministerium des Innern
BV	Besloten Vennootschap met beperkte aansprakelijkheid Geschlossene/private Gesellschaft mit beschränkter Haftung
BW	Baden-Württemberg
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DACHLI	Deutschland, Österreich und die Schweiz
dbb	Deutscher Beamtenbund
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
E-Government	Electronic Government
e.V.	eingetragener Verein
EU	Europäische Union
FDP	Freie Demokratische Partei
FG-VI	Fachgruppe Verwaltungsinformatik
GI	Gesellschaft für Informatik e.V.
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HIIG	Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft
Hrsg.	Herausgeber
ISBN	Internationale Standardbuchnummer
ISSN	Internationale Standardnummer für fortlaufende Sammelwerke
IT	Informationstechnologie
JvL	Jörn von Lucke
NAP	Nationaler Aktionsplan
NKR	Normenkontrollrat
OER	Open Educational Resources
OGP	Open Government Partnership
PAIR	Politics, Administration & International Relations Bachelor- & Master-Studiengang an der Zeppelin Universität Friedrichshafen
PDF	Portable Document Format
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
t3n	typo3 news
TICC	Deutsche Telekom Institute for Connected Cities
TOGI	The Open Government Institute
TÜV	Technischer Überwachungsverein

1 Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2017

Am 24. September 2017 wird der 19. Deutsche Bundestag gewählt. 34 Parteien konkurrieren dabei um Wählerstimmen, um Abgeordnete in den Bundestag entsenden und ihr Wahlprogramm in den kommenden vier Jahren bestmöglich umzusetzen zu können. In ihren Wahlprogrammen bieten die Parteien den Bürgern unterschiedlichste Forderungen, Ziele und Perspektiven an. Nun liegt es an den Wählern, sich die politischen Wunschprogramme anzusehen und zu überlegen, welchem Direktkandidaten und welcher Partei sie bei der Wahl ihre Erst- und ihre Zweitstimme geben wollen.

Das Ziel dieses Gutachten ist es, die Wahlprogramme aus dem Blickwinkel des offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns („Open Government“, siehe Abschnitt 2) zu analysieren, das in den Debatten zur Netzpolitik weiter oft viel zu kurz kommt: Inwieweit spielen Forderungen nach einem IT-gestützten offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln als Teilgebiet des Electronic Government und der Verwaltungsinformatik im Wahlkampf eine Rolle? Konkret sollen acht der 34 Programme dahingehend untersucht werden, inwieweit Transparenz des Regierungs- und Verwaltungshandelns, Bürgerbeteiligung (Partizipation), Zusammenarbeit (Kollaboration), freie und offene Daten, die Öffnung von Haushaltswesen und Haushaltsdaten, Open Access und Open Education, Web 2.0-Technologien und Social Media im öffentlichen Sektor sowie die offene gesellschaftliche Innovation bereits thematisiert werden. Dies erfolgt zunächst mit Blick auf die Parteien (Abschnitt 3) und anschließend vergleichend mit Fokus auf die skizzierten Schwerpunkthemen (Abschnitt 4). Im Direktvergleich der Positionen (Abschnitt 5) werden wegen der gewollten kompakten Übersicht nur die wesentlichen Forderungen aus den Wahlprogrammen zusammengefasst, ohne dass auf alle Details eingegangen werden kann. Das abschließende Fazit fasst die Untersuchungsergebnisse zusammen und ordnet diese in einen Gesamtkontext ein (Abschnitt 6). Die vorliegende Untersuchung zeigt, inwieweit die seit Jahren propagierten Ideen zur Öffnung von Staat und Verwaltung aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Verwaltungspraxis und Politik bereits Einzug in die Wahlprogramme von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP, AfD, Freie Wähler und Piratenpartei Deutschland gehalten haben.

Wahlprogramme und darauf aufsetzende Analysen erreichen nur einen Teil der Wähler. Wahlscheidend sind ebenso der Wahlkampf mit seinen Ständen, Kampagnen und Veranstaltungen sowie die Berichterstattung der etablierten und neuen Medien. Das Internet und die Social Media könnten auch in Deutschland eine stärkere Rolle spielen. Sogar störende Einflüsse und Desinformationen aus dem In- und aus dem Ausland sind 2017 zu erwarten. In den kommenden Wochen, bis zur Bundestagswahl am 24. September 2017, werden weitere Analysen, aber auch Web-Dienste, Apps und Programme von verschiedenen Seiten lanciert. Tabelle 1 gibt dazu einen aktuellen Überblick.

Angebote der Bundes- und Landeszentralen für Politische Bildung zur Bundestagswahl 2017	
Informationsportal Politische-Bildung.de: Bundestagswahl 2017	http://www.politische-bildung.de/bundestagswahl_2017.html?&L=1
Wahlprogramme 2017 Landeszentrale für Politische Bildung, Baden-Württemberg	http://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramme1.html
Wahl-O-Mat (Bundeszentrale für Politische Bildung)	http://www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat/ und https://www.wahl-o-mat.de/bundestagswahl2017/

Vergleichende Web 2.0-Dienste zur Bundestagswahl 2017	
Bundestagswahl 2017, von Johannes Eva	https://bundestagswahl-2017.com
Bundeswahlkompass.de, Vergleich von Kieskompas BV, Akoten BV & Tree62	https://bundeswahlkompass.de
DeinWal: Quiz zum Abstimmungsverhalten der Parteien, von Martin Scharm und Tom Theile	https://deinwal.de und https://deinwahl.de
Wahlkompass-Digitales, Textvergleich vom HIIG	http://wahlkompass-digitales.de
Wahl Navi 2017, von RTL, RTL II und n-tv	https://www.wahlnavi.de
Wahlprogramme vergleichen, Vergleich von Unklarheiten.de	http://www.wahlprogramme-vergleichen.de
WahlSwyper: Finde deine Partei zur Bundestagswahl, App	https://movact.de/wahlswiper
Wikipedia: Bundestagswahl 2017	http://de.wikipedia.org/wiki/Bundestagswahl_2017
Vergleichende Analysen aus Wissenschaft, Forschung und Presse zur Bundestagswahl 2017	
ARD Aktuell und tagesschau.de: Programme im Vergleich - Was die wichtigsten Parteien versprechen	http://www.tagesschau.de/inland/btw17/programmvergleich/programmvergleich-digitalisierung-101.html
Biselli, Anna: Der netzpolitische Wahlprogramm-Vergleich (netzpolitik.org)	https://netzpolitik.org/2017/der-netzpolitische-wahlprogramm-vergleich-teil-1-transparenz-und-offene-daten/
Hauck, Mirjam: Digitalpolitik - Zwischen Phrasen und klarer Haltung, (Süddeutsche Zeitung)	http://www.sueddeutsche.de/digital/digitalpolitik-zwischen-phrasen-und-klarer-haltung-1.3600772
Polis180.org: Wahlprogrammcheck Digitalisierung	https://polis180.org/demokratie-braucht-dich/wahlprogrammcheck-digitalisierung/
Schlesiger, Christian und Etzold, Marc: Standort Deutschland (Wirtschaftswoche)	http://www.wiwo.de/politik/deutschland/standort-deutschland-warum-deutschland-bei-der-digitalisierung-lahmt/20083202-all.html
Steiner, Falk: Digitalpolitik im Wahlkampf - Viele Ideen, wenig Gemeinsamkeiten (Deutschlandfunk)	http://www.deutschlandfunk.de/digitalpolitik-im-wahlkampf-viele-ideen-wenig.724.de.html?dram:article_id=391676
t3n digital pioneers: Alle Programme der großen Parteien im t3n-Digitalcheck	http://t3n.de/tag/bundestagswahl-2017

Tabelle 1: Web-Dienste, Apps, Programme und Analysen der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2017

2 Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln

Zur Analyse wurde eine Auswahl von Wahlprogrammen von acht Parteien getroffen. Ganz bewusst handelt es sich dabei nicht nur um die Regierungsparteien (CDU/CSU und SPD) und die Oppositionsparteien (Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke) im 18. Deutschen Bundestag. Ebenso wurden die FDP, die AfD, die Freien Wähler und die Piratenpartei Deutschland hinzugenommen, um bewusst die Vielfalt eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns im Wahlkampf 2017 aufzuzeigen, selbst wenn sehr klar ist, dass nicht alle diese Parteien die Fünf-Prozent-Hürde in den 19. Deutschen Bundestag überwinden werden. Methodisch wird auf dem bewährten Ansatz der beiden vom Institut durchgeführten Analysen zur Bundestagswahl 2013 aufgesetzt (von Lucke 2014 und von Lucke 2014b). Um einen Vergleich über Legislaturperioden hinweg zu erzielen, wurde auf eine durchaus vorstellbare Weiterentwicklung von Kriterien, Gewichtung und Indizes verzichtet, selbst wenn sich das Verständnis eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns in den vergangenen vier Jahren weiterentwickelt haben könnte. Sämtliche vorgetragenen Anmerkungen zur kritischen Reflektion eines solchen Vorgehens wie auch Gründe für dieses Verfahren (von Lucke 2014b: 116ff) behalten auch weiterhin ihre volle Gültigkeit. Die Analyse der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2017 kommt zu dem Schluss, dass Konzepte und konkrete Ansätze zu einem offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln sich in allen untersuchten Wahlprogrammen wiederfinden und an Umfang gewonnen haben. Was steckt im Detail hinter einem offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln? (siehe zu den folgenden Abschnitten auch von Lucke 2014:84ff)

„**Open Government**“ wird derzeit weiterhin noch als ein unbestimmter Sammelbegriff für eine Vielzahl von Aktivitäten verwendet, die alle zu einer Öffnung von Staat und Verwaltung beitragen, Neuerungen zulassen und Impulse von außen konstruktiv aufnehmen (von Lucke 2010). Vor allem Web 2.0-Dienste und gesellschaftliche Medien (Social Media) eröffnen vielfältige technische Ansätze, um Politik und Verwaltung transparent und nachvollziehbar zu machen, Bürger stärker in Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse einzubinden und um neue Formen der gemeinsamen Zusammenarbeit zu suchen. Konkrete Anwendungsbeispiele finden sich etwa in elektronischen Katalogen zu offenen Verwaltungsdaten, in der Öffnung des Haushaltswesens durch offene Haushaltsdaten, in offenen Bildungsangeboten und in offenen Innovationsplattformen. Während im Memorandum der Gesellschaft für Informatik (GI 2012) ein sehr umfangreiches Verständnis von Open Government skizziert wird, hat sich die offizielle Bund-Länder-Arbeitsgruppe in ihrem Positionspapier 2012 (BLA 2012) beim offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln auf einen eher enger gefassten Fokus mit Schwerpunkt auf (Open) Government Data (<http://www.govdata.de>) geeinigt. Seit Dezember 2016 nimmt die Bundesrepublik Deutschland an der internationalen Open Government Partnership (<http://www.opengovpartnership.org>) teil. Die Zivilgesellschaft brachte in die Diskussion um die inhaltliche Gestaltung von Open Government in Deutschland nun eine sehr viel breitere Sichtweise ein (AK OGP 2017, Abbildung 1 und von Lucke 2017). Im August 2017 wurde der erste Nationale Aktionsplan (BMI 2017) veröffentlicht, wonach Open Government künftig in der Tat viel weiter verstanden werden soll.

Web 2.0-Dienste können zu mehr **Transparenz** in Staat und Verwaltung beitragen. Verständliche Datenaufbereitungen über das Internet helfen der Öffentlichkeit, Entscheidungsprozesse in Politik und Verwaltung zu verfolgen und deren Ursachen, Argumentationen und Konsequenzen zu verstehen. Dadurch kann die wahrgenommene Legitimität von Gremien bei den Bürgern erhöht und

durch Rechenschaftslegung eine Vertrauensbasis geschaffen und gefestigt werden. Leicht nachvollziehbare Marktübersichten stellen eine Angebotstransparenz bei Verbrauchern her.

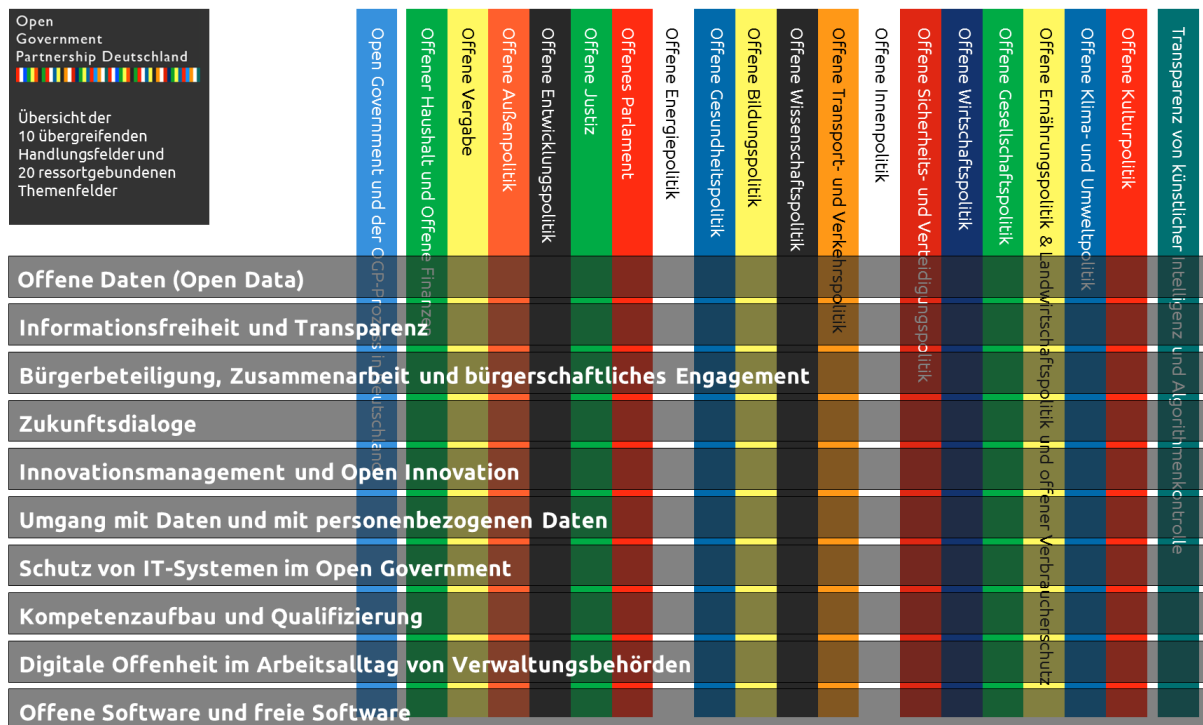


Abbildung 1: Blickwinkel der Zivilgesellschaft: Vielfältige Ansätze von Open Government

Quelle: AK OGP 2017.

Sollen die Bürger an Ideengenerierung, Planung, Meinungsbildung, und politischer Entscheidungsfindung zunehmend beteiligt werden, eröffnen Konsultationsdienste und –werkzeuge neuartige Möglichkeiten zur **Bürgerbeteiligung (Partizipation)** im politischen Prozess. Bedingt durch die technischen Möglichkeiten und das neue Selbstverständnis der Bürger verändern Parteien ihre Konzepte, um auch interessierte und engagierte Bürger mit guten Ideen, die aber keine Parteimitglieder sind, in die parteiinterne Meinungsbildung vor einer politischen Entscheidungsfindung der zuständigen Gremien einzubeziehen.

Ansätze zur **offenen IT-gestützten Zusammenarbeit** nach erfolgter politischer Entscheidungsfindung finden allmählich Akzeptanz. Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien eröffnen Möglichkeiten zur gemeinsamen Finanzierung von Vorhaben (Crowdfunding), zum gemeinsamen Wissensmanagement (Wikis), zu virtuellen Projektarbeitsräumen, zur transparenten Öffnung der Gremienarbeit, zur elektronischen Vorgangsbearbeitung, zu Dienstleistungszentren, zu einheitlichen Ansprechpartnern, zur offenen gemeinsamen Innovation, zum offenen Monitoring sowie zur offenen Evaluierung des Regierungs- und Verwaltungshandelns in aller Öffentlichkeit (von Lucke 2012).

Freie und offen zugängliche Verwaltungsdaten (Open Government Data) (von Lucke/Geiger 2011) als Mittel zur Transparenz stehen seit 2010 im Mittelpunkt der Bemühungen von Bund, Ländern und Kommunen, das offene Regierungs- und Verwaltungshandeln in einem Projekt zu konkretisieren (Klessmann/Denker/Schieferdecker/Schulz 2012). 2013 wurde das nationale Datenportal Govdata.de (<http://www.govdata.de>) zur Erschließung vorhandener Datenbestände der Öffentlichkeit vorge-

stellt. Das Datenportal ist seit 2015 im Regelbetrieb und erschließt vorhandene dezentrale Datenkataloge von Bund, Ländern und Kommunen mit dem Ziel, dass vorhandene Datenbestände möglichst häufig aufgegriffen und in Veröffentlichungen, Produkten und Diensten Dritter weiterverwendet werden. Darüber hinaus arbeitet Deutschland mit Österreich, der Schweiz und Liechtenstein über die DACHLI-Kooperation (<https://www.data.gv.at/infos/ogd-d-a-ch-li>) zusammen.

Eine konkrete Umsetzung ist die **Öffnung des Haushaltswesens und der Haushaltsdaten**, die ganz im Sinne von Haushaltstransparenz, Budgetöffentlichkeit und offene Haushaltsdebatte für die Bürger stets frei zugänglich sein sollten. Web 2.0-Technologien revitalisieren bestehende Berichtsinstrumente, vernetzen die Datenbestände und ermöglichen eine intensivere Bürgerbeteiligung in allen Haushaltsprozessen (von Lucke/Geiger/Hoose/Schreiner 2011).

In Wissenschaft und Forschung wird die Öffnung und freie Verbreitung von Forschungsdaten, Forschungsergebnissen und wissenschaftlichen Publikationen mit der Lösung „**Open Access**“ gefordert. Nach Debatten in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ und im Deutschen Bundestag wurde im Juni 2013 ein Zweitverwertungsrecht für wissenschaftliche Beiträge verabschiedet. Bei „**Open Education**“ geht es vor allem um eine Bereitstellung von frei zugänglichen Lehrmaterialien (Open Education Resources) und eine offene IT-gestützte Bildungsinfrastruktur auf Basis offener Standards und Schnittstellen für Schulen, Lehranstalten und Bibliotheken.

Der Einsatz von **Web 2.0-Technologien und Social Media im öffentlichen Sektor** ist eine weitere Herausforderung. Einerseits eröffnen sich durch Facebook, Google, Twitter & Co. viele neue Einsatzmöglichkeiten und Soziale Netzwerke, die Bürger und Unternehmen oft schon nutzen. Andererseits muss mit Blick auf die europäische Datenschutzgrundverordnung, die Snowden-Enthüllungen zur Arbeit US-amerikanischer und britischer Geheimdienste und die Hacking- und Desinformations-Aktivitäten russischer Stellen und Gruppen nach Verhängung von Sanktionen wegen des Einmarsches russischer paramilitärischer Gruppen auf der Krim und in die Ukraine besonders kritisch abgewogen werden. Fake-News, Filterblasen und Hackerangriffe sind eine echte Herausforderung für Politik, Staat und Verwaltung. Richtlinien zum Umgang mit den neuen Medien sowie die Verwendung quellcode-offener Software und Cloud-Dienste sowie IT-Sicherheitskonzepte helfen, einen datenschutzkonformen wie sicheren Einstieg zu finden.

Bei der **offenen gesellschaftlichen Innovation** geht es darum, wie mit Hilfe von Open Innovation Ansätzen einerseits und geeigneten Web 2.0-Technologien andererseits Anregungen, Ideen und neue Vorschläge zur Lösung gesellschaftlicher Fragen gewonnen, aufgegriffen und umgesetzt werden können (von Lucke/Herzberg/Kluge/vom Brocke/Müller/Zimmermann 2012 und Raffl/von Lucke/Müller/Zimmermann/vom Brocke 2014). Bisher ist es vor allem die Aufgabe der Parteien, Anstöße von außen aufzugreifen und als tagespolitische Forderungen einzubringen. Über neuartige technische Ansätze (TosiT Toolbox: <http://www.tosit.org>) könnten sich Bürger und Unternehmen stärker als bisher in die Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen innerhalb einer Wahlperiode einbringen.

Auch einige der untersuchten Parteien nutzten diese Möglichkeiten bei der Erstellung ihrer Wahlprogramme. Sie verließen sich bei der Erarbeitung der Kernforderungen nicht nur auf die Parteimitglieder und interne Zirkel. Interessierte Bürger haben je nach Partei ganz unterschiedliche **Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Gestaltung der Wahlprogramme** bekommen. Ihre Vorschläge waren gefragt und sind zum Teil auch in die Programme eingeflossen.

3 Open Government in den Wahlprogrammen der Parteien

3.1 CDU/CSU

Open Government nimmt im „Regierungsprogramm 2017-2021“ von Christlich Demokratischer Union (CDU) und Christlich-Sozialer Union (CSU) eine gemischte Rolle ein. Während einzelne Aspekte deutlich vorhanden sind, werden andere Themenfelder vollkommen ausgespart. Die von den Parteien behandelten Komplexe betreffen in erster Linie die Themenblöcke Open Government und Open Government Data. Zwar wird darüber hinaus an vielen Stellen auf die zahlreichen, sich durch die Digitalisierung bietenden Möglichkeiten verwiesen, ohne die konkrete Nutzung genauer darzustellen.

Dabei betonen die Regierungsparteien CDU/CSU die Relevanz einer starken Zivilgesellschaft, die einerseits eine stärkere staatliche Unterstützung erfahren sollte, andererseits aber auch stärker in staatliche Entscheidungsprozesse eingebunden werden müsste. Auf IT-gestützte Beteiligungsmöglichkeiten geht man dabei jedoch ebenso wenig wie auf formalisierte Verfahren ein. Auch die Zusammenarbeit im Verwaltungshandeln findet zwar grundsätzliche Erwähnung, bleibt jedoch ohne weitergehende Forderungen für sich. Ein klarer wie konkreter IT-Bezug lässt sich im Kontext von Open Data und Open Government Data erkennen. Dabei stellt man zunächst das in der vergangenen Legislaturperiode verabschiedete Open-Data-Gesetz als Erfolg heraus, um zukünftig ein eigenes Datengesetz in Aussicht zu stellen. Positiv ist herauszustellen, dass durch die Regelung der wirtschaftlichen Nutzung sowie die Befugnisse der Sicherheitsbehörden klare Ziele dieses Gesetzgebungsvorhabens genannt werden. Während Open Budget und offene gesellschaftliche Innovationen im Wahlprogramm gänzlich ausgespart wurden, finden sich auch zu Social Media und Web 2.0 wie zu Open Education nur allgemein gehaltene Aussagen bezüglich der Vermittlung digitaler Kompetenzen im Bildungssektor.

Damit kann die Thematisierung eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns im Wahlprogramm von CDU und CSU als unterdurchschnittlich und ausbaufähig bewertet werden. Auch vom Bayernplan (CSU 2017) gehen diesbezüglich keinerlei Verbesserungen aus. Vergleichend mit der Analyse zur Bundestagswahl 2013 konnten nur überschaubare, leichte Verbesserungen erzielt werden.

Gegenüber den anderen untersuchten Wahlkampfprogrammen finden sich kaum überzeugende Alleinstellungsmerkmale zu Open Government. Auffällig erscheint, dass man sich zwar vielfach für grundsätzliche Kernthemen wie Bürgerbeteiligung oder gesellschaftliches Engagement ausspricht, jedoch diese nur selten mit IT-Verfahren verknüpft. Zudem finden sich nur wenig konkrete Forderungen wie etwa das Bürgerkonto, das dem Bürger eine Übersicht über seine dem Staat vorliegenden Daten bieten soll. Auch Konzepte wie eine Education Cloud werden zwar genannt, nicht aber in einen offenen Gesamtkontext eingebunden. Parteiintern abgelehnte Ansätze wie Bürgerbegehren auf Bundesebene, ein zentrales Lobbyregister oder eine Übersicht der Nebeneinkünfte von Bundestagsabgeordneten finden erwartungskonform keinerlei Erwähnung. Bei der Gestaltung des Wahlprogramms ermöglichten es CDU und CSU allen interessierten Bürgern im Vorfeld eigene Ideen einzubringen. Diese fanden jedoch nur eine indirekte Berücksichtigung.

Für CDU/CSU ist die Digitalisierung Chefsache. Neben der Position eines Staatsministers für Digitalisierung soll auch ein Kabinettsausschuss Digitalpolitik und ein Nationaler Digitalrat gebildet werden. Ein offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln wird, auch im Vergleich mit den anderen untersuchten Parteien, im Wahlprogramm bestenfalls aber auf einem oberflächlichen Niveau behandelt.

3.2 SPD

Das Wahlprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) bietet eine grundlegende Abdeckung der meisten Themenfelder eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns und der Digitalisierung. Zwar sticht die Regierungspartei dabei selten durch besonders weitgehende Forderungen heraus. Sie bietet gleichzeitig aber zu einem weiten Themenspektrum auch explizit IT-gestützte Lösungsansätze an. Die Sichtweise orientiert sich dabei an der generellen Ausrichtung der Sozialdemokratie, sodass die Interessen der Arbeitnehmer stark in den Mittelpunkt gestellt werden. Im „Regierungsprogramm 2017-2021“ wird den Themenfeldern Open Government, Transparenz, Open Access und Open Education eine besondere Position eingeräumt. Erwähnenswert sind zudem die Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürger am Parteiprogramm.

Explizit möchte die SPD die Akzeptanz neuer Technologien durch Transparenz, Information und Beteiligung steigern sowie offene Bildungsinhalte fördern. Generell steht die Partei für eine stärkere Einbindung der Bürger in Prozesse und Entscheidungen, um Skepsis und Vorbehalte gegenüber Veränderungen zu verringern. Der Fokus auf Transparenz zeigt sich anhand von konkreten Ansätzen etwa einer Einkünfteübersicht der Bundestagsabgeordneten, einer exekutiven Fußspur oder eines zentralen Lobbyregisters. Auch sollen Parteispenden begrenzt werden, um den externen Einfluss auf Entscheidungen zu verringern. Konkrete Ansätze zur Erreichung einer höheren Transparenz finden sich an verschiedenen Stellen. Die Forderung nach einem Transparenzgesetz wird zudem anwendungsbezogen mit der Quote von Frauen in Führungspositionen verknüpft, sodass man in einem zweiten Schritt ein Entgeltgleichheitsgesetz mit Verbandsklagerecht entwickeln will. Explizit sollen von dieser Verpflichtung auch kleine und mittlere Unternehmen nicht ausgenommen werden. Offene gesellschaftliche Innovationen werden vergleichsweise stark betont. Die Gründung von regionalen Innovationsagenturen soll die Verknüpfung des traditionellen Technologie- und Wissenstransfers mit neuartigen Ansätzen wie Open Innovation ermöglichen. Explizit sollen dabei nicht nur technische Produktinnovationen, sondern auch soziale Innovationen gefördert werden. Neben dem völlig ausgesparten Bereich von Open Budget werden auch die Themen rund um Zusammenarbeit im Verwaltungshandeln und Social Media im öffentlichen Sektor kaum behandelt. Zusammenarbeit wird vor allem als gesellschaftliches Engagement der Bürger verstanden, ohne einen Bezug zu Möglichkeiten durch IT zu ziehen. Erwähnenswert sind zudem die Forderungen nach mehr Open Source Software in der Verwaltung und im Bildungssektor.

In der Gesamtbetrachtung bietet das Wahlprogramm der SPD eine weitgehende Abdeckung der relevanten Themenfelder von Open Government mit einem klaren Fokus auf Offenheit und Transparenz im Kontext sozialer Gerechtigkeit. Während Zusammenarbeit, Open Budget und Web 2.0 wenig Beachtung erfahren, wird das Themenspektrum der offenen gesellschaftlichen Innovationen mit mehreren Vorschlägen gezielt besetzt. Abgesehen von einzelnen Forderungen etwa zur Begrenzung von Parteispenden handelt es sich bei den meisten Ansätzen jedoch um tendenziell vorsichtige Formulierungen, welche eher auf eine Evolution als auf eine radikale Revolution hinstreben. Gegenüber der Analyse zur Bundestagswahl 2013 konnte die SPD das damalige hohe Niveau halten und mit dem Wahlprogramm 2017 sogar etwas leicht ausbauen.

3.3 Bündnis 90/Die Grünen

Das Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen deckt breite Themenfelder eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns im Kontext der Digitalisierung ab. Inhaltliche Schwerpunkte der Oppositionspartei liegen auf der Transparenz des Regierungs- und Verwaltungshandelns, auf Bürgerbeteiligung und auf offener gesellschaftlicher Innovation. Indem man zunächst „mehr Mut zu Open Government“ als Forderung formuliert, verdeutlicht die Partei den Stellenwert, den sie der Digitalisierung für Staat und Verwaltung zuschreibt. Es wird eine Reihe an Zielen formuliert, die durch digitale Vorhaben erreicht werden sollen. Diese werden nicht nur auf den staatlichen Sektor selbst bezogen, sondern auch auf die Zivilgesellschaft im Rahmen der „Shared Economy“ und die Wirtschaft durch „Open Innovation“ und „Crowdfunding“ übertragen. Leider fehlen teilweise vertiefende Vorschläge, durch welche Maßnahmen derartige Ziele konkret erreicht werden sollen.

Die Betrachtung der Themenblöcke offenbart, dass sich die Partei, mit Ausnahme von Open Budget und den Mitwirkungsmöglichkeiten am Wahlprogramm, zu allen Bereichen überdurchschnittlich stark äußert. Bemerkenswert erscheint dabei auch der vergleichsweise starke Bezug von Zusammenarbeit auf IT-gestützte Verfahren sowie im Bereich der offenen Innovationen die Förderung von Crowdfunding. Dies sind Forderungen, welche sich in keinem anderen untersuchten Parteiprogramm wiederfinden und somit der Partei ein Alleinstellungsmerkmal bieten. Geringe Beachtung finden Open Budget, Mitwirkungsmöglichkeiten am Parteiprogramm und Social Media. Im Kontext von Web 2.0 setzt man sich für offene und diskriminierungsfreie Standards und Schnittstellen sowie freie und quelloffene Software im öffentlichen Sektor ein. Während die Grünen sich in den meisten Themenfeldern für eine schrittweise Veränderung aussprechen, kann der geforderte Ansatz zu direkter Demokratie durchaus als radikale Veränderung des politischen Systems betrachtet werden. Leider fehlt in diesem Kontext der Bezug zu digitalen Lösungen für eine Umsetzung. Bündnis 90/Die Grünen wählen vielfach einen Mittelweg zwischen generellen Zielen wie der Nutzung der Potentiale des digitalen Wandels für Bildung und Forschung und andererseits konkreten Forderungen wie freie und nicht-kommerzialisierte Zugänge zu Lehr- und Lernmaterialien.

Während die meisten Forderungen der Grünen eine schrittweise Evolution propagieren, finden sich im Bereich der Bürgerbeteiligung durchaus auch sehr weitreichende Ansätze. Insbesondere setzen sie sich für eine Ausweitung der direkten Demokratie im repräsentativen System durch bundesweite Volksentscheide ein, selbst wenn dabei der Bezug zu digitalen Themen nur sehr vage angedeutet wird. Gegenüber der Open Government Analyse zur Bundestagswahl 2013 konnte sich das Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen auf seinem hohen Niveau halten und durch weitere Vorschläge noch etwas weiter zulegen.

3.4 Die Linke

Die Linke fordert in ihrem Bundestagswahlprogramm umfassende Informationsrechte im Sinne von Open Government und Open Data sowie gleichzeitig eine weitgehende Mitbestimmung auf unterschiedlichsten Ebenen sowie in zahlreichen Gremien. Sie legt dabei als Oppositionspartei den inhaltlichen Schwerpunkt auf gesellschaftliche Fragestellungen, insbesondere auf Teilhabe und Mitbestimmung. So soll durch eine erhöhte Transparenz eine höhere Informationsdichte erreicht und durch formelle Instrumente ein stärkerer Einfluss auf Entscheidungen gewonnen werden. Im Prinzip äußert sich die Partei zu allen untersuchten Themenblöcken. Behandelt werden Transparenz, Offenheit und Mitbestimmung. Eine positive Besonderheit stellt darüber hinaus die Thematisierung von Open Budget dar. Im Kontext einer direkteren Demokratie spricht man sich für Bürgerhaushalte aus. Lediglich auf Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürger am Parteiprogramm wird nicht eingegangen.

„Open Government“ spielt als Begriff im Wahlprogramm der Linken keine große Rolle, obwohl man sich grundsätzlich für Offenheit und Demokratie einsetzt. Offenheit wird jedoch stärker auf Inklusion und die gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft bezogen. Betrachtet werden hier nicht nur Veränderungen innerhalb von Deutschland, sondern insbesondere die Folgen des globalen Wandels. Zudem fordert die Partei mehr Transparenz innerhalb der deutschen Demokratie. Zu diesem Zwecke finden sich im Wahlprogramm zahlreiche spezialisierte Forderungen. Oftmals werden aber eher Probleme identifiziert als tatsächliche Problemlösungen vorgeschlagen. „Lobbyismus“ steht dabei als ein Schwerpunkt im Zentrum der Argumentation, dem mit einem Lobbyregister sowie einem Beschäftigungsverbot in Bundesministerien begegnet werden müsse. Die Weiterentwicklung des Informationsfreiheitsgesetzes zu einem Transparenzgesetz beinhaltet auch die Forderung nach einer proaktiven Bereitstellung von Informationen. Die Partizipation am politischen Prozess wird durch Die Linke zwar mit zahlreichen Themenfeldern, nicht jedoch mit der IT verknüpft. So betrachtet man einerseits die Mitbestimmung in öffentlichen Unternehmen, Hochschulen oder auch privatwirtschaftlichen Unternehmen. Andererseits fordert man mehr formale Möglichkeiten der Mitbestimmung durch EU- und bundesweite Volksentscheide. Es zeigt sich, dass sich Die Linke stark auf einzelne Themenfelder spezialisiert, anderen Feldern jedoch nur eine geringe Beachtung schenkt. Auch innerhalb der Thematiken finden sich Besonderheiten. Beispielsweise beziehen sich die Forderungen nach mehr politischer Mitbestimmung primär (neben Bürgerbeteiligung und bundesweiten Volksentscheiden) auf nur wenig konkret umsetzbare Projekte. Zahlreiche detailliert ausgearbeitete Beispiele thematisieren stattdessen die Arbeitnehmermitbestimmung. Geringe Beachtung schenken die Linken auch dem Einsatz von Social Media im Staat. Sie sprechen sich aber im Kontext von Web 2.0 durchaus für offene Standards und Schnittstellen im öffentlichen Sektor aus. Zudem setzt man auf eine verstärkte Mitbestimmung und Selbstorganisation in zivilgesellschaftlichen Bereichen, ohne jedoch eine wünschenswerte intensivere IT-Unterstützung in diesen Konzepten hervorzuheben.

Abschließend betrachtet nehmen Offenheit, Transparenz und Mitbestimmung wichtige Teile des Wahlprogramms der Linken ein. Nicht immer lässt sich hierbei ein direkter IT-Bezug erkennen. Oftmals können zwar Ansätze als auf digitale Lösungen bezogen interpretiert werden. Eine direkte Benennung der digitalen Möglichkeiten findet jedoch selten statt. Mit Blick auf die Analyse des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2013 konnte Die Linke das damals bereits ambitionierte Niveau 2017 nicht nur halten, sondern durch weitere Akzente durchaus ausbauen.

3.5 FDP

Das offene Regierungs- und Verwaltungshandeln besitzt für die außerparlamentarische Oppositionspartei Freie Demokratische Partei (FDP) eine erwähnenswerte Bedeutung. Open Government und Open Data sowie Open Access und Open Education werden besonders hervorgehoben. Auffällig viele andere Bereiche bleiben dagegen ohne Erwähnung. So finden sich zu Open Budget, offener gesellschaftlicher Innovation und zu Mitwirkungsmöglichkeiten am Wahlprogramm keine Aussagen.

Die FDP fordert „eine Open-Data- und Open-Government-Strategie für Deutschland“ (FDP 2017: 19) ein. Was dies bedeutet wird in wenigen Sätzen und mit den daraus resultierenden Folgen verständlich erklärt. Dabei werden oftmals individuelle Vorteile der Bürger mit makroökonomischen Chancen verknüpft. Des Weiteren setzen sich die Freien Demokraten für eine erhöhte Transparenz des Regierungs- und Verwaltungshandelns ein. Die Forderungen betreffen neben der Vereinfachung des Sozialsystems und des Rüstungsexportgesetzes auch bürgerbezogene Fragestellungen. Hierbei werden sowohl die Hoheit der Bürger über ihre personenbezogenen Daten als auch die Thematisierung des Once-Only-Prinzips genannt. Insbesondere Fragestellungen der digitalen Verwaltung gewinnen an Relevanz. Der Thematik der Bürgerbeteiligung wird im Programm nur ein geringer Stellenwert zugeschrieben. Zwar betont man die Relevanz einer engagierten Zivilgesellschaft, bezieht die demokratische Mitbestimmung jedoch primär auf Ebenen unterhalb der repräsentativen Demokratie. Lediglich punktuell möchte man formale Beteiligungsinstrumente auf Ebene der Länder oder Kommunen erproben. Generell fordert die FDP eher die Bürger zu mehr Engagement auf, als staatliche Unterstützungsleistungen konkret einzufordern. Durch diesen allgemeinen Charakter finden sich kaum Ansätze, wie die Partizipation und Kollaboration durch digitale Möglichkeiten verbessert werden könnte. Ausführungen zu einem offenen und transparenten Haushalt finden sich überhaupt nicht.

Der Themenschwerpunkt Bildung spiegelt sich auch im Digitalisierungskonzept wieder. Neben einem Plädoyer für Investitionen für die „weltbeste Bildung“ (FDP 2017:3ff) finden sich auch Forderungen hinsichtlich Offenheit und Vernetzung. Einerseits betrifft dies Online-Plattformen im Bildungssektor. Dabei wird die Bereitstellung von Unterrichts- und Lehrmaterialien jedoch ausschließlich auf die Bildung an Hochschulen bezogen. Auf der anderen Seite wird für Open Access auf der Grundlage der Steuerfinanzierung von Forschungsergebnissen argumentiert. Ein Recht auf Erstverwertung soll künftig aber eingeräumt werden. Im Kontext der sozialen Medien sprechen sich die Freien Demokraten für eine weite Auslegung der Meinungs- und Pressefreiheit aus. Im Hinblick auf Fake-News lehnt man eine staatliche Kontrolle auf Richtigkeit von Informationen ebenso ab wie die Einführung eines Straftatbestandes der Desinformation. Gleichzeitig wird der Staat jedoch im Kontext von Hass-Postings zu einem stärkerem Handeln aufgefordert. Das Gewaltmonopol bedinge, dass Polizei und Staatsanwaltschaften strafbewehrte Postings in sozialen Netzwerken verfolgen sollen. Diese Aufgaben dürften aus Sicht der FDP nicht an die Websitebetreiber übertragen werden.

Die Gesamtbetrachtung des Programms der Freien Demokraten zur Bundestagswahl zeigt eine stark differenzierte Betrachtung der Digitalisierung. Zu Open Data, Open Access und Open Education finden sich deutliche Aussagen. Bürgerbeteiligung und Zusammenarbeit werden dagegen kaum angesprochen. Zudem erscheint auffällig, dass unternehmensbezogene Daten explizit von der Veröffentlichungspflicht ausgenommen werden sollen. 2013 spielte im Wahlprogramm der damaligen Regierungspartei FDP ein offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln mit der positiven Ausnahme der Bürgerbeteiligung am politischen Prozess nur eine untergeordnete Rolle. Mit dem Wahlprogramm 2017 setzt die Partei mit einem neuen Team andere bemerkenswerte Akzente. Ihr Analyseergebnis konnte sie trotz der Forderung einer Open Government-Strategie aber nur geringfügig verbessern.

3.6 AfD

Themen der Digitalisierung spielen im Wahlprogramm der Alternative für Deutschland (AfD) kaum eine Rolle. Forderungen zu einem offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln finden sich lediglich in einzelnen Themenfeldern. Oft wird nur indirekt auf die Digitalisierung Bezug genommen. Ange deutet werden Forderungen in Richtung Open Government, Bürgerbeteiligung, Zusammenarbeit und Open Budget. Zu allen anderen Bereichen äußert sich die außerparlamentarische Oppositionspartei in ihrem Wahlprogramm nicht.

Die einzige explizite Thematisierung von Open Government findet sich hinsichtlich einer IT-gestützten Bürgerbeteiligung, indem der Anspruch auf Teilhabe am digitalen Leben und digitaler Wirtschaft formuliert wird. Zugegeben bezieht sich diese Forderung aber auf die Voraussetzungen und Möglichkeiten eines Breitbandzugangs. Die Förderung von Demokratie sowie von einer Zivilgesellschaft zur Stärkung der Volkssouveränität und der bürgerlich-freiheitlichen Rechtsordnung kann bestenfalls ansatzweise auf Open Government-Ansätze bezogen werden. Ebenso bleibt unklar, was unter einer Verschärfung der „Regelungen der Nebentätigkeiten für Parlamentarier“ (AfD 2017:11) zu verstehen ist. Das im Zusammenhang mit dem Lobbyregister geforderte Lobbyisten-Gesetz wird ebenso wenig spezifiziert. Klare Forderungen finden sich im Wahlprogramm der AfD hinsichtlich der Bürgerbeteiligung im politischen Prozess. Dies wird primär auf formalisierte Verfahren bezogen. Volksabstimmungen und Volksentscheide nach Schweizer Vorbild stellen dabei aus Parteisicht einen nicht verhandelbaren Mindestbestandteil jeglicher Koalitionsvereinbarungen dar. Auch durch die Einführung der freien Listenwahl soll mehr Entscheidungsgewalt von den Parteien auf den Bürger übertragen werden. Die indirekte Forderung nach „Teilhabe am digitalen Leben und digitaler Wirtschaft“ (AfD 2017:54) bezieht sich dabei weniger auf digitale Formen der Mitbestimmung als vielmehr auf den Zugang zu Breitbandnetzen. Ansatzweise wird die Zusammenarbeit im Verwaltungshandeln durch die Förderung von gesellschaftlichem Engagement thematisiert. Jedoch wird keinerlei Bezug zu IT-gestützten Verfahren hergestellt. Das Konzept der Bürgerarbeit, mit dem Langzeitarbeitslose wieder an den Arbeitsmarkt herangeführt werden sollen, stellt vielmehr ein klassisches Instrument zur Einbindung von Bürgern in staatliche Aufgaben dar. Einzig die Forderung nach der verpflichtenden Einführung der kaufmännischen Buchführung in allen Staatshaushalten kann im weiteren Sinne dem Ansatz von Open Budget zugeordnet werden, indem man die weitergehenden Pflichten zur Veröffentlichung heranzieht. Die mangelnde Erwähnung jeglicher digitaler Möglichkeiten hierzu lässt es jedoch unwahrscheinlich erscheinen, dass die Partei damit Open Budget thematisieren wollte.

In der Gesamtbetrachtung ist es auffällig, dass die Forderungen der AfD die Digitalisierung nur unzureichend berücksichtigen und kaum konkret umsetzbare Inhalte aufweisen. Die AfD schöpft die Möglichkeiten der Digitalisierung in ihrem Programm nicht einmal ansatzweise aus. In erster Linie bezieht man Digitalisierung auf den Breitbandausbau. Verglichen mit allen anderen untersuchten Wahlprogrammen finden sich nur äußerst wenige Forderungen zu einem offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln. In der Gesamtbetrachtung schießt das Wahlprogramm 2017 das betrachtete Feld der acht Wahlprogramme damit am Ende ab. Bei der Analyse der Wahlprogramme 2013 wurde die AfD nicht berücksichtigt, weswegen an dieser Stelle vergleichende Aussagen nicht getroffen werden sollen.

3.7 Freie Wähler

Die Analyse des Wahlprogramms der ebenfalls nicht im Deutschen Bundestag vertretenen Freien Wähler zeigt eine punktuelle Bearbeitung digitaler Themen. So äußert man sich einerseits umfangreich zu Open Government, Transparenz und Partizipation, schenkt den restlichen Themenfeldern jedoch gänzlich keine Beachtung. Dies sorgt durchaus für Irritationen. Im Themenfeld eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln beziehen sich die Freien Wähler als einzige Partei auf die deutsche Teilnahme an der Open Government Partnership: „Wir wollen, dass Deutschland nach dem zögerlichen Beitritt zur internationalen Open Government Partnership (OGP) seine dortige Mitgliedschaft mit Leben füllt. Die OGP propagiert offenes Regierungshandeln und bietet ein internationales Forum, um sich über Erfahrungen und erfolgreiche Politikinstrumente in diesem Bereich auszutauschen.“ (FW 2017:53) Explizit thematisiert werden Transparenz, Bürgerbeteiligung, Korruptionsbekämpfung und Rechenschaftslegung. Ansonsten wird nicht näher auf Open Government eingegangen.

Die Transparenz des Regierungs- und Verwaltungshandelns möchten die Freien Wähler durch unterschiedliche Instrumente erhöhen. Ein Bezug auf ein modernes, digitales Staatsverständnis findet sich dabei durch die Titulierung einer heutigen „Informationsgesellschaft“, in welcher der Staat sein Handeln sowie seine Gründe hierfür offenzulegen hat. Neben der Forderung nach der Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen kann wiederum die Einführung eines Lobbyregisters, auch ohne explizierte Nennung, auf digitale Möglichkeiten bezogen werden. Die Stärkung der Bürgerbeteiligung am politischen Prozess nimmt einen wichtigen Teil des Wahlprogramms ein. Dabei finden sich sowohl weitreichende Forderungen nach formeller Mitbestimmung, etwa durch bundesweite Volksentscheide oder die Direktwahl des Bundespräsidenten, als auch neue Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung und Demokratie durch die Möglichkeiten des E-Governments. Durch die Sichtweise auf E-Government als „eine große Chance, direktdemokratische Beteiligungsmöglichkeiten zu etablieren und Verwaltungsabläufe zwischen Staat und Bürger sowie unter Behörden einfacher und nachvollziehbarer zu gestalten“ (FW 2017:52) zeigt sich die klare positive Grundhaltung der Partei hinsichtlich der Möglichkeiten der Digitalisierung und von Open Government. Diesem Sinne sieht man das E-Government-Gesetz zwar als einen ersten richtigen Schritt an, welches das Internet jedoch noch nicht als Medium der Bürgerbeteiligung begreife. Eine konkrete Nutzungsmöglichkeit wird dabei mit dem Online-Bürgerausschuss genannt, durch den eine bundesweite Konsultation zu Gesetzesvorhaben ermöglicht werden soll. Auffällig erscheint, dass trotz des Fokus auf Partizipation die Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft durch die Freien Wähler nicht thematisiert wird. Auch zu Open Data finden sich keine Verweise, wobei man hier einen indirekten Bezug zur OGP-Teilnahme herstellen kann. Allenfalls sehr indirekte Forderungen finden sich zu Open Budget, indem Transparenz und solide Staatsfinanzen gefordert werden. Keinerlei Ausführungen gibt es zu den Themenfeldern Open Access, Web 2.0 und Social Media und offene gesellschaftliche Innovation. Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürger am Parteiprogramm bestanden nicht.

Ein Fokus der Freien Wähler liegt auf der Förderung von Open Government. Als einzige der untersuchten Parteien 2017 thematisiert sie die Teilnahme an der Open Government Partnership. Zudem werden sowohl die Forderungen nach der Transparenz des Regierungshandelns als auch nach der Förderung von Bürgerbeteiligung explizit mit den Möglichkeiten der Digitalisierung verknüpft. Auffällig erscheint, dass die Förderung von gesellschaftlichem Engagement, im Gegensatz zu allen anderen untersuchten Parteien, keinerlei Erwähnung findet. Zudem wird Open Data kaum thematisiert. Auf eine Analyse des Wahlprogramms der Freien Wähler zur Bundestagswahl 2013 wurde damals vom Institut verzichtet. Deswegen wird diesbezüglich auch keine Bewertung vorgenommen.

3.8 Piratenpartei Deutschland

Die Piratenpartei Deutschland als außerparlamentarische Oppositionspartei mit Schwerpunkt Digitalisierung legt in ihrem Wahlprogramm große Aufmerksamkeit auf alle Themenkomplexe. Innerhalb der Themenfelder behandelt die Partei zudem beinahe alle relevanten Punkte. Lediglich zu den offenen gesellschaftlichen Innovationen und den Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürger am Parteiprogramm finden sich vergleichsweise wenige Aussagen.

Schwerpunkte werden auf Open Government und Open Data, Transparenz, Open Access und Open Education sowie Web 2.0 und Social Media im öffentlichen Sektor gelegt. Der Zusammenarbeit im Verwaltungshandeln wird vergleichsweise hohe Bedeutung beigemessen. Open Budget weist, wie bei den Linken, nahezu Alleinstellungsmerkmale auf. Im Kontext von Open Government beschränkt sich die Piratenpartei allerdings auf allgemeine Aussagen für eine „moderne und weltoffene Verwaltung“ (Piratenpartei 2017:16), ohne dies explizit auf ein offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln oder die Digitalisierung in Staat und Verwaltung zu beziehen. Vielmehr betont man lediglich die nötige finanzielle Ausstattung sowie eine ausreichende Unabhängigkeit. Sehr umfangreich äußert man sich zur Transparenz des Regierungs- und Verwaltungshandelns. Dabei dominiert die langfristige Vision eines Bürgerinformations-Portals, über welches Behörden ihre Informationen bereitzustellen haben. Konkrete Anwendungsbezüge finden sich darüber hinaus in einzelnen Bereichen, wie beispielsweise das Recht auf Akteneinsicht in Jobcentern, im Gesundheitssektor oder in der Außenpolitik. Dabei werden konkrete Maßnahmen wie die Erstellung eines Weißbuches durch das Auswärtige Amt gefordert. Neben der Einrichtung eines Lobbyregisters sprechen sich die Piraten auch für eine Verschärfung der Transparenzregeln zu Nebeneinkünften der Abgeordneten aus. Zudem beziehen die Piraten Transparenz auch auf das Haushaltswesen, indem die Bürger auf Bundesebene an der Aufstellung des Bundeshaushalts beteiligt werden sollen.

Im Themenfeld der Partizipation können drei Schwerpunkte identifiziert werden. Dabei handelt es sich neben IT-gestützter Bürgerbeteiligung auch um Inklusion sowie formalisierte Verfahren. Gesetzliche Veränderungen möchte man dabei hinsichtlich des Wahlrechts durch eine offene Listenwahl ebenso wie bundesweite Volksbegehren und Volksentscheide anstreben. Darüber hinaus stellen die Piraten auch hier wiederum die Verknüpfung mit weiteren Themenfeldern her, indem auf die Verkehrsplanung sowie Smart Cities verwiesen wird. Bei der Zusammenarbeit im Verwaltungshandeln setzt man auf Gemeingüter und Selbstorganisation. In einem ersten Schritt betonen die Piraten die Relevanz von Gemeingütern sowie die Notwendigkeit Freiräume zur Selbstorganisation zu schaffen und die Verantwortung zu teilen. Innovative Formen des sozialen Miteinanders schließen dabei neue und digitale Möglichkeiten ein. Im Bildungssektor thematisiert die Piratenpartei neben dem Zugang zu Bildungsmaterialien auch den Zugang von Bildungsinstitutionen zu Medien. Dabei möchte man Bildungs- und Forschungseinrichtungen weitgehend vom Urheberrecht ausnehmen. Auf der anderen Seite soll Open Access nach dem Willen der Piratenpartei als zentrales Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Fördermittel etabliert werden. Andererseits sollen die Geschäftsmodelle der Wissenschaftsverlage durch eine sechsmonatige Sperrfrist Beachtung finden.

Das Wahlprogramm der Piratenpartei enthält zahlreiche Forderungen und Konzepte, welche Aspekte der Digitalisierung und eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns beinhalten, die sich in Ausprägung und Vielfalt bei den anderen Parteien bisher nicht finden. Wie bei der Analyse 2013 führt die Piratenpartei Deutschland durch ihre inhaltliche Vielfalt auch 2017 das Gesamtfeld der Wahlprogramme an. Fachlich konnte die Höchstbewertung deutlich gesteigert werden. Ob dies erstmals zum Einzug in den Deutschen Bundestag reicht, bleibt den Wählern am 24. September 2017 überlassen.

4 Themenkomplexe des Open Governments in den Wahlprogrammen

4.1 Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln (Open Government)

Forderungen nach offenem Regierungs- und Verwaltungshandeln in Wahlprogrammen lassen sich anhand von Indikatoren zur Förderung von Offenheit, Demokratie, Bürgergesellschaft, Open Government und der Teilnahme an der Open Government Partnership bewerten. Dabei zeigt sich, dass Open Government in den Parteiprogrammen aller untersuchten Parteien eine Rolle spielt. Diese allgemeine Relevanz spiegelt sich auch im ersten nationalen Aktionsplan der Bundesregierung im Rahmen der Open Government Partnership wieder, der im August 2017 veröffentlicht wurde (BMI 2017). Darin verpflichtet sich Deutschland, passende Rahmenbedingung für die OGP-Teilnahme zu schaffen. Konkret soll nun ein inklusiver und transparenter OGP-Teilnahmeprozess aufgesetzt werden, sodass die bestehenden und künftigen Erarbeitungs- und Evaluierungsprozesse optimiert werden können. Zugleich gilt es den Sammelbegriff „Open Government“ mit Hilfe einer politikfeldübergreifenden Studie zur Potentialanalyse zeitgemäß wie umfassend neu zu erschließen (BMI 2017:11f).

Ein klares Bekenntnis zur Förderung von Offenheit findet sich, mit Ausnahme der Alternative für Deutschland und der Freien Wähler, in allen untersuchten Wahlprogrammen. In mehreren Fällen wird in diesem Rahmen zunächst der Status-Quo einer vorhandenen offenen Gesellschaft betont. Insbesondere die CDU/CSU stellt den aktuellen Status Deutschlands als „stabiles Land mit einer offenen Gesellschaft“ heraus (CDU/CSU 2017:4). Der Grund für nötige Veränderungen wird jedoch weniger in der Digitalisierung, als vielmehr in den sich verändernden Rahmenbedingungen gesehen. Bündnis 90/Die Grünen sowie Die Linke rücken dabei etwa den Aspekt der Globalisierung und der offenen Grenzen in den Mittelpunkt. So sei die Welt durch Digitalisierung und offene Grenzen in Europa näher zusammengedrückt (B90 2017:111). In einer weltoffenen Gesellschaft müsse dabei beispielsweise auch Geflüchteten das Recht auf soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe eingeräumt werden (Linke 2017:103).

Die Förderung von Demokratie stellt einen Bestandteil aller untersuchten Wahlprogramme dar, wobei sich wiederum nur wenige Bezüge auf den IT-Einsatz finden lassen. Herausstechend ist dabei der Punkt der Grünen, Open Government leiste einen entscheidenden Beitrag, um die Demokratie zu beleben (B90 2017:170). Der Zugang zu Informationen als Voraussetzung für die Teilnahme an öffentlichen Diskussionen wird von der FDP (FDP 2017:19) im Zusammenhang mit der Digitalisierung betont. Weitere Aspekte sind zudem die Gleichberechtigung demokratischer Entscheidungen durch Die Linke (2017:4) sowie die Verteidigung der Demokratie durch eine Stärkung der Volkssouveränität im Wahlprogramm der AfD (2017:6).

Ein weitestgehender Konsens besteht hinsichtlich der Förderung einer Bürgergesellschaft. Jedoch verknüpfen lediglich Bündnis 90/Die Grünen die Thematik mit digitalen Ansätzen. Demnach stelle Offenheit das Leitprinzip für digitale Modelle des Teilens dar (B90 2017:229). Außerhalb des Themenfelds der Digitalisierung finden sich nur allgemein gehaltene Aussagen. Anknüpfend an das Parteileitbild stellt Die Linke die Partizipation und Teilhabe aller in den Mittelpunkt. So müsse zukünftig jeder wieder einen gerechten Anteil an der Gesellschaft haben beziehungsweise dürfe die soziale Infrastruktur einer auf Partizipation ausgerichteten Gesellschaft nicht privaten Profitinteressen verpflichtet sein (Linke 2017:68). Betonte Aspekte sind zudem die bürgerlich-freiheitliche Rechts-

ordnung durch die AfD (2017:6) sowie die Notwendigkeit einer ausreichenden finanziellen Ausstattung zur Gewährleistung vernünftiger Gesellschaftspolitik bei der Piratenpartei (2017:16).

Bedingt durch den geringen Bezug auf Offenheit im Kontext der Digitalisierung findet sich eine ausdrückliche Forderung nach Open Government bzw. einer Open Government Strategie auch ausschließlich in den Wahlprogrammen von Bündnis 90/Die Grünen, den Freien Wählern sowie der FDP wieder. Gleichzeitig greifen jedoch auch CDU/CSU, SPD sowie die Piratenpartei das Konzept indirekt auf, ohne jedoch den Begriff selbst zu verwenden. Umschrieben wird dies beispielsweise im Wahlprogramm der SPD durch die Forderung nach mehr Offenheit bei politischen Entscheidungen (2017:62) oder der Forderung der Linken nach der Unterstützung von Open Content-Lizenzen, welche sich an den Grundwerten der Offenheit und Teilhabe orientieren (2017:131). Ein konkreter Bezug auf die seit Dezember 2016 bestehende Teilnahme an der Open Government Partnership findet sich lediglich im Wahlprogramm der Freien Wähler. So fordern diese explizit die Mitgliedschaft in der OGP mit Leben zu füllen (FW 2017:53). Hierbei gehe es um Zusammenarbeit in den Bereichen Transparenz, Bürgerbeteiligung, Korruptionsbekämpfung und Rechenschaftslegung. Indirekt wird hiermit Kritik am bisherigen Engagement der Bundesregierung und am Parlament geübt.

In der Gesamtheit wird deutlich, dass die Offenheit von Politik und Verwaltung in den Wahlprogrammen zwar eine große Rolle spielt, sich diese Ansätze jedoch selten direkt auf das Konzept von Open Government beziehen. Wesentlich stärker als der IT-Einsatz wird die Offenheit der Gesellschaft generell betont. Allenfalls können indirekte Bezüge auf den Einsatz digitaler Lösungen bezogen werden.

4.2 Transparenz des Regierungs- und Verwaltungshandelns

Die Transparenz des Regierungs- und Verwaltungshandelns kann anhand der Faktoren einer Förderung von Transparenz des Regierungshandelns, einer Förderung von IT-gestützter Transparenz, einer detaillierten Einkünfteübersicht der Bundestagsabgeordneten, einer Einführung eines Lobbyregisters und einer legislative Fußspur sowie eines Informationsfreiheitsgesetzes 2.0 nach Hamburger Vorbild untersucht werden.

Die Forderung nach einer erhöhten Transparenz des Regierungshandelns findet sich in allen untersuchten Wahlprogrammen mit Ausnahme der AfD wieder. Hierbei zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede in der Ausgestaltung. Einerseits werden, wie im Falle der Unionsparteien, konkrete Ansätze wie beispielsweise eines Bürgerkontos, welches dem Bürger eine Übersicht seiner dem Staat vorliegenden Daten bieten soll, gefordert (CDU/CSU 2017:50). Die SPD hingegen formuliert auf der anderen Seite die allgemeine Forderung nach mehr Offenheit und Transparenz politischer Entscheidungen und staatlichen Handelns (SPD 2017:62), welche sich ebenso bei den Linken (2017:118) sowie der Piratenpartei (2017:59, 73, 92) finden. Eine Übereinstimmung findet sich zudem bei Bündnis 90/Die Grünen (2017:147), Linken (2017:118) und Freien Wählern (2017:18) in der Forderung nach der grundsätzlichen Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen des Bundestags. Im Programm der Piratenpartei finden sich weitere generelle Aussagen zur universellen Verfügbarkeit von Informationen als wichtigem Teil der öffentlichen Infrastruktur (Piraten 2017:25).

Die in den Wahlprogrammen vorhandenen Ansätze zur Transparenz des Regierungshandelns enthalten auch einen Bezug zu IT-gestützten Verfahren. Diese erstrecken sich von generalistischen Aussagen wie der von CDU/CSU, in digitalen Lösungen primär ein Mittel gegen die grassierende Korrup-

tion (in Entwicklungsländern) zu sehen (CDU/CSU 2017:54), bis hin zu technischen Details wie offenen und diskriminierungsfreien Standards in den Behörden im Programm von Bündnis 90/Die Grünen (2017:148). Die maschinelle Lesbarkeit von Daten wird durch die Linken (2017:117f) sowohl im Kontext des Lobbyregisters als auch im Rahmen des Transparenzgesetzes betont. Die Erarbeitung eines Transparenzgesetzes, das Behörden verpflichtet, ihre Daten proaktiv ohne vorherigen Antrag zur Verfügung zu stellen, findet sich in den Wahlprogrammen von SPD (2017:62) und Bündnis 90/Die Grünen (2017:148). Ausschließlich von der FDP angesprochene Aspekte sind wiederum die Verfügungsgewalt der Bürger über ihre eigenen Daten (FDP 2017:32) sowie die Transparenz der Behörden untereinander nach dem Once-Only-Prinzip (FDP 2017: 82), bei dem die Daten nur einmal erfasst und gespeichert werden sollen und unterschiedliche Behörden dann auf diese zugreifen können. Die Piratenpartei (2017:26) strebt langfristig einen ganzheitlichen Ansatz über ein Bürgerinformationsportal an, über das Behörden ihre öffentlichen Daten bereitzustellen haben.

Keine starken inhaltlichen Differenzen finden sich zur Transparenz von Nebeneinkünften der Bundestagsabgeordneten in den Wahlprogrammen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke sowie der Piratenpartei. Diese Parteien fordern dabei explizit eine genaue Offenlegung der jeweiligen Summe. Offen bleibt hingegen die genaue Forderung der AfD, welche betont, dass das Mandat nicht unter bezahlten Nebentätigkeiten leiden dürfe (AfD 2017:11). Darin kann jedoch eher die Forderung einer Beschränkung der Nebentätigkeiten als eine Offenlegung der Einkünfte verstanden werden.

Die Einführung eines Lobbyregisters sowie einer legislativen Fußspur wird von allen untersuchten Parteien mit Ausnahme der CDU/CSU sowie der FDP gefordert. Auch hierbei unterscheiden sich die Konzepte der Parteien lediglich in Details. Zusätzlich plädieren Grüne (2017:147) und Linke (2017:117) auch für eine stärkere Offenlegung von Parteispenden bzw. in letzterem Falle für eine Beschränkung auf jährlich 25.000 EUR. Die AfD hingegen spricht sich für ein eigenes Lobbyisten-Gesetz aus, ohne dessen Inhalt näher zu spezifizieren (AfD 2017:11).

Generell wird der Transparenz des Regierungshandelns ein hoher Stellenwert zugestanden. Lediglich CDU/CSU sowie AfD widmen der Thematik vergleichsweise geringe Aufmerksamkeit. Dabei beziehen sich die meisten Aussagen jedoch auf generelle Forderungen. Spezifisch umsetzbare Punkte, wie zur Auskunftspflicht der Bundestagsabgeordneten, finden sich vergleichsweise selten. Nicht zuletzt im Rahmen der Open Government Partnership gewinnt die Thematik um Transparenz jedoch weiter an Bedeutung. Der nationale Aktionsplan sieht dabei neben der Implementierung der Standards der internationalen „Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft“ (BMI 2017:19f) auch eine verbesserte Transparenz in der Entwicklungszusammenarbeit (BMI 2017:17f) vor. Zudem soll der Zugang zu familienbezogenen Leistungen wie Elterngeld durch digitale Lösungen vereinfacht und übersichtlicher gestaltet werden (BMI 2017:27). Nicht zuletzt sieht der Aktionsplan regelmäßige Berichte zum Monitoring der Entwicklung des Frauen- und Männeranteils an Führungsebenen vor (BMI 2017:28f).

4.3 Bürgerbeteiligung im politischen Prozess (Partizipation)

Die Partizipation der Bürger am politischen Prozess umfasst die Aspekte der Förderung klassischer wie auch IT-gestützter Bürgerbeteiligung, Bürgerplenarverfahren, fakultative Gesetzesreferenden sowie eine Stärkung von Volksbegehren und Volksentscheiden. Bürgerbeteiligung spielt darüber hinaus auch im Nationalen Aktionsplan der OGP (BMI 2017) eine Rolle, indem dieser die Verpflichtung zur stärkeren Bürgerbeteiligung bei Umwelt und Stadtentwicklung enthält. Das Bundesministe-

rium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) möchte die im eigenen Ressortbereich entwickelten fortschrittlichen und anspruchsvollen Prozesse der Bürgerbeteiligung mit anderen Akteuren teilen und verbessern. In den kommenden Jahren sind über den Aktionsplan Öffentlichkeitsbeteiligung und modellhafte Erprobung von Bürgerbeteiligung an umweltrelevanten Entscheidungsprozessen sowie eine Entwicklung neuer Formen der Onlinebeteiligung und eine bessere Verzahnung formeller und informeller Beteiligung vorgesehen (BMI 2017:23f).

Eine im Wahlkampf 2017 durchgängig von allen Parteien vertretene Forderung stellt die Förderung von Bürgerbeteiligung dar. Dies bezieht sich in erster Linie zunächst auf Partizipation und Teilhabe am politischen Prozess. Besonders betont werden dabei unter anderem die Aspekte der Beteiligung in demokratischen Organisationen bei Bündnis 90/Die Grünen (2017:148) sowie die freie Listenwahl bei der AfD (2017:10) und der Piratenpartei (2017:20). Die Linke räumt dem Aspekt der Mitbestimmung dadurch einen besonderen Stellenwert ein, Partizipation nicht nur auf das Recht mitreden zu dürfen zu reduzieren, sondern Entscheidungen auch wirksam beeinflussen zu können. Neben der politischen Partizipation verbindet Die Linke Bürgerbeteiligung auch mit der Mitbestimmung durch Schülerinnen und Schüler, die Mitbestimmung an Hochschulen sowie in Betrieben (Linke 2017:56). Einen beachtenswerten Aspekt stellt zudem die Einführung von Bürgerräten auf allen Körperschaftsebenen dar, durch welche Projekte in der Verkehrsplanung demokratisiert werden soll (Linke 2017:90). In einem abweichenden Ansatz konzentriert sich die FDP auf die Mitbestimmung unterhalb der repräsentativen Demokratie (FDP 2017:53).

Die vorhandenen Ansätze zur Bürgerbeteiligung beziehen sich hingegen nur zum Teil auf IT-gestützte, offene Verfahren. So wird dieser Aspekt weder von der CDU/CSU noch von den Linken oder der FDP thematisiert. Gleichzeitig findet sich auch im Programm der SPD nur die indirekte Forderung nach einem „barrierefreien Zugang zu Petitionen“ (SPD 2017:61), worunter ein digitaler Zugang verstanden werden kann. Im Programm der AfD findet sich zudem der „Anspruch auf Teilhabe am digitalen Leben und digitaler Wirtschaft“ (AfD 2017:54), was sich jedoch primär auf die Verfügbarkeit von Breitbandzugängen bezieht. Weitergehende, sich explizit auf den IT-Einsatz beziehende Ansätze finden sich hingegen bei Bündnis 90/Die Grünen, welche die Potentiale des digitalen Wandels auch für gleichberechtigte Teilhabe nutzen möchten (B90 2017:164). Des Weiteren wird die Notwendigkeit der Barrierefreiheit von Beteiligungsmöglichkeiten durch die Piratenpartei (2017:49) betont. Auch die Freien Wähler messen elektronischer Demokratie einen hohen Stellenwert bei, indem die neuen digitalen Möglichkeiten als große Chance interpretiert werden. Die Partei fordert daher, das E-Government-Gesetz im Sinne der Bürgerbeteiligung auszubauen (FW 2017:52). Ebenso wie die Piratenpartei, welche die selbst entwickelte und verwendete Plattform „OpenAntrag“ (<https://openantrag.de>) als eine Plattform zur offenen Kommunikation mit den Abgeordneten im Bundestag zu nutzen möchte, setzten sich die Freien Wähler für einen Online-Bürgerausschuss ein, um Bürgern die Konsultation zu Gesetzesvorhaben zu ermöglichen (FW 2017:53).

Für eine Stärkung rechtlich bindender Mitbestimmung durch Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide sprechen sich, mit Ausnahme der Unionsparteien sowie der FDP, alle untersuchten Parteien aus. Die Ansätze reichen dabei von der einfachen Forderung der SPD nach einer Absenkung des Quorums für öffentliche Petitionen (SPD 2017:61) bis hin zu bundesweiten Volksentscheiden. Letztere Forderung findet sich sowohl bei Bündnis 90/Die Grünen (2017:156) als auch in den Programmen der AfD (2017:8), der Freien Wähler (2017:51f), der Piratenpartei (2017:20f) sowie der Linken (2017:115), wobei die beiden letztgenannten zudem EU-weite Referenden fordern. Bezogen wird hierbei von AfD und Piratenpartei auf das Schweizer Modell, auf welches im Sinne

von Best Practice verwiesen wird. Teilweise finden sich darüber hinaus noch weitergehende Erläuterungen zur konkreten Ausgestaltung und den Verfahren, welche durch ein solches Referendum ermöglicht werden sollen. Dabei ist auffällig, dass insbesondere die Konzepte der Freien Wähler und der Piratenpartei bereits relativ detailliert erscheinen. Im weiteren Sinne kann zudem die Direktwahl des Bundespräsidenten durch die Freien Wähler (2017:3) unter diesen Punkt gefasst werden.

Bürgerbeteiligung im politischen Prozess hat in den Wahlprogrammen der Parteien eine unterschiedliche Relevanz. So finden sich insbesondere bei Bündnis 90/Die Grünen, den Freien Wählern sowie der Piratenpartei deutliche Forderungen, während die Unionsparteien sowie die FDP dem Aspekt geringe Bedeutung beimessen.

4.4 Zusammenarbeit im Verwaltungshandeln (Kollaboration)

Die Zusammenarbeit im Verwaltungshandeln stützt sich auf die Indikatoren der Förderung von gesellschaftlichem Engagement, offener IT-gestützter Zusammenarbeit, der Einrichtung einer gemeinsamen Handlungsplattform, dem offenen Monitoring und Evaluieren des Handelns sowie der Thematisierung von Gemeingütern und digitaler Almende.

Der hierbei einzige parteiübergreifend relevante Aspekt ist die Förderung von gesellschaftlichem Engagement. CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP betonen dabei die Wichtigkeit von ehrenamtlichem Engagement. Die SPD führt als Beispiel die generelle Bedeutung der Flüchtlingshilfe an. Weiterhin unterscheiden sich die eigentlichen Forderungen jedoch stark im Grad ihrer Konkretisierung. Während CDU/CSU lediglich eine Entlastung von Bürokratie sowie die Unterstützung durch eine Ehrenamts-Service-Agentur fordern (CDU/CSU 2017:72) und die SPD die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel betont (SPD 2017:62), fordern Bündnis 90/Die Grünen die Schaffung von mehr Rechtssicherheit im Gemeinnützigkeitssektor oder die Übernahme von Fortbildungskosten durch den Bundeshaushalt (B90 2017:149f). Die Linken (2017:119) betonen die Wichtigkeit von hauptamtlichen Strukturen im ehrenamtlichen Kontext. Im Gegensatz hierzu betont die FDP zwar ebenfalls die Relevanz von ehrenamtlichem Engagement, unterstützt jedoch konkret lediglich den punktuellen Einsatz von professionell moderierter Bürgerbeteiligung (FDP 2017:53). Einen gänzlich anderen Fokus setzt die AfD durch die Schaffung eines Angebots zur Bürgerarbeit, wobei Langzeitarbeitslose durch gemeinnützige Arbeit wieder an den Arbeitsmarkt herangeführt werden sollen (AfD 2017:52).

Die Verknüpfung der Förderung von gesellschaftlichem Engagement mit IT-gestützten Verfahren wird lediglich von Bündnis 90/Die Grünen sowie der Piratenpartei vorgenommen. Dies beschränkt sich auf allgemeine Forderungen und Statements. Die Grünen möchten etwa die Potentiale des digitalen Wandels zur gleichberechtigten Teilhabe nutzen (B90 2017:164). Die Piraten (2017:67) äußern sich nur wenig konkret, indem sie auf die Reformierung oder Schaffung von Institutionen für kooperative Organisationsmodelle verweisen.

Die Schaffung einer gemeinsamen Handlungsplattform würde zunächst die Grundlage für eine stärkere digitale Zusammenarbeit schaffen. Derartige Ansätze spielen jedoch in den Wahlprogrammen kaum eine Rolle. Lediglich die Forderung der Grünen nach der Bereitstellung von mehr staatlichen Unterstützungsleistungen (B90 2017:149) kann indirekt in diesem Sinne interpretiert werden.

Gemeingüter und digitale Almende werden anregend durch Die Linken sowie weitergehend durch die Piratenpartei thematisiert. Die Linken setzten sich dabei für die Schaffung von öffentlichen Alternativen zu Mainstream-Angeboten in Form von offenen Technologien ein (Linke 2017:131). Die Piratenpartei (2017:67) widmet dem Aspekt große Aufmerksamkeit, indem man sich für die Schaffung sowie dem Erhalt von Gemeingütern ausspricht. Die Forderung nach der Förderung von innovativen Formen des sozialen Miteinanders kann dabei durchaus auch auf IT-basierte Verfahren bezogen werden.

In der Gesamtbetrachtung wird deutlich, dass die Parteien die Zusammenarbeit im Verwaltungshandeln primär auf die Förderung von gesellschaftlichem Engagement beziehen. Bei Bündnis 90/Die Grünen, den Linken und der Piratenpartei konnten weitgehende Ansätze identifiziert werden. Im Rahmen des Nationalen Aktionsplans der Bundesregierung zur Open Government Partnership findet sich die Stärkung lokaler Bündnisse zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf als wichtiger Förderansatz von gesellschaftlichem Engagement als Vorhaben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wieder (BMI 2017:27).

4.5 Freie und offen zugängliche Verwaltungsdaten (Open Government Data)

Die Relevanz freier und offen zugänglicher Verwaltungsdaten lässt sich anhand der Förderung von Open Data sowie der spezielleren Form der Open Government Data messen. Zudem erscheint relevant, inwieweit Government Data Aktivitäten gefördert werden, ob der Bundestag selbst offene politische Daten bereitstellen soll sowie ob Open Data als Teil eines überarbeiteten Informationsfreiheitsgesetzes oder eines neuen Transparenzgesetzes gesehen wird. Die aktuelle wie zukünftige Relevanz von Open Data lässt sich dabei auch an dem ersten Nationalen Aktionsplan zur OGP der Bundesregierung erkennen. Neben der grundsätzlichen Umsetzung von Open Data in der Verwaltungspraxis (BMI 2017:13) finden sich darin auch die Forderungen nach der Förderung eines Open-Data-Umfeldes (BMI 2017:14), der besseren und einfacheren Nutzung von Geoinformationen (BMI 2017:15f) sowie Open Data im Kontext der intelligenten Mobilität (BMI 2017:21f).

Open Data wird dabei von einer Mehrheit der Parteien mit Ausnahme der AfD sowie der Freien Wähler thematisiert. Die Linken (2017:131) wie auch die Piratenpartei (2017:26) betonen zudem die Notwendigkeit, den Zugang zu Informationen in der digitalen Welt zu verteidigen, wobei alle durch öffentliche Gelder gesammelten Informationen grundsätzlich frei zugänglich seien müssten. Die Piratenpartei erwähnt die Notwendigkeit offener Formate und Schnittstellen, um Inhalte online zur Verfügung zu stellen (ebd.:52).

Gleichzeitig mit Open Data äußern sich die Parteien durchgängig auch zu Open Government Data. Oftmals ist dieser Aspekt mit der Transparenz des Regierungshandelns verknüpft. Dabei besteht ein Konsens in der Forderung, grundsätzlich die Datenbestände der öffentlichen Verwaltung zu veröffentlichen, sofern keine gewichtigen Gründe dagegensprechen. Hier zeigen sich unterschiedliche Grade der Spezifizierung, wobei die SPD durch die Forderung „Offene Daten sollen kostenfrei bereitgestellt werden“ (SPD 2017:62) ebenso wie die Grünen relativ konkret werden, welche von der „Veröffentlichung relevanter Informationen nach den Kriterien von Open Data“ (B90 2017:147) sprechen. Auch Die Linke (2017:118) sowie die FDP (2017:19) schließen sich dieser Forderung an. Beide fordern zusätzlich die Maschinenlesbarkeit dieser Daten ein. Die Piratenpartei spezifiziert ihre Forderung

dahingehend, dass alle Daten in einem bundesweit einheitlichen Portal veröffentlicht werden sollen (Piratenpartei 2017:68). Die Freien Wähler weisen lediglich auf die Teilnahme an der Open Government Partnership hin, ohne jedoch konkrete Forderungen zu nennen.

Bezüglich zukünftiger Entwicklungen stellt sich zudem die Frage nach gesetzlichen Anpassungen. Die Notwendigkeit hierzu wird von mehreren Parteien gesehen. So möchte die CDU/CSU ein Datengesetz erarbeiten, welches den generellen Zugang zu Daten ebenso regelt wie die Datenschutzinteressen der Bürger (CDU/CSU 2017:51). Des Weiteren findet sich die Forderung, das Informationsfreiheitsrecht zu einem Informationsfreiheits- und Transparenzrecht auf Basis von Open Data weiterzuentwickeln, in den Wahlprogrammen der SPD (2017:62), der Linken (2017:131) sowie der Piratenpartei (2017:26).

Die aktuelle Relevanz der Thematik von Open Data spiegelt sich somit auch in den untersuchten Wahlprogrammen wieder. Mit Ausnahme der AfD sowie der Freien Wähler finden sich bei allen Parteien hierzu klare Aussagen, wobei auch der Begriff selbst auffällig oft Verwendung findet. Betont wird hierbei oftmals der Aspekt der „Daten als Rohstoff der Zukunft“, dessen Bereitstellung zu Innovationen und Wertschöpfung einen erheblichen Beitrag leisten kann.

4.6 Öffnung von Haushaltswesen und Haushaltsdaten (Open Budget 2.0)

Die Öffnung von Haushaltswesen und Haushaltsdaten stellt eine weitere Säule des Open Government Ansatzes dar. Dieser Aspekt findet 2017 in den Wahlprogrammen jedoch kaum Beachtung. Lediglich Die Linke, die AfD sowie die Piratenpartei äußern sich zu Open Budget, wobei sich die thematisierten Aspekte sowohl auf Open Budget Data als auch auf Beteiligungshaushalte beziehen. Inhaltlich werden Open Budget und offene Haushaltsdaten auch nicht explizit im ersten Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung (BMI 2017) erwähnt. Rein theoretisch könnte man aber aus der Forderung zur Öffnung staatlicher Datenbestände jederzeit die Öffnung der Haushaltsdaten ableiten.

Bezüge auf Beteiligungshaushalte finden sich in den Wahlprogrammen der Linken (2017:115) sowie der Piratenpartei (2017:21). Verbunden mit der Forderung eines stärkeren direkten Einflusses der Bürger auf politische Entscheidungen möchte Die Linke sogenannte „Bürgerhaushalte“ einführen, wobei unklar bleibt, ob sich diese Forderung lediglich auf die Kommunen beschränkt oder auch auf die Bundesebene bezogen wird. Die Piratenpartei konkretisiert ihre Forderungen bezüglich der Bundesebene dahingehend, dass Bürger ihre Meinungen zur Verwendung von Investitionsgeldern sowie Einsparmaßnahmen äußern sollen, welche gewichtet bei der Aufstellung des Bundeshaushalts wiederum berücksichtigt werden. Daneben müsse auch eine demokratische, solidarische Öffentlichkeit geschaffen werden, worunter in diesem Zusammenhang die Veröffentlichung von Haushaltsdaten (Open Budget Data) verstanden werden kann. Darüber hinaus umschreibt man durch Bürgerhaushalte das Konzept offener Haushaltsbewirtschaftung sowie von Beteiligungshaushalten.

Open Budget Data kann ebenfalls aus der Forderung nach einer demokratischen und solidarischen Öffentlichkeit der Linken abgeleitet werden. Eine allenfalls äußerst indirekte Thematisierung findet sich im Wahlprogramm der AfD durch die Forderung der verpflichtenden Einführung der kaufmännischen Buchführung für alle Staatshaushalte (AfD 2017:51). Mit der Doppik gehen mehr Pflichten zur Veröffentlichung als in der Kameralistik einher. Deswegen kann diese Forderung zumindest im Ansatz auch als ein Wunsch nach offenen Haushaltsdaten verstanden werden.

4.7 Open Access und Open Education

Offenheit im Bildungssektor umfasst neben Open Access und dem offenen Zugang zu Forschungsergebnissen auch die Schaffung einer Open Education Cloud und offen zugänglicher Bildungsressourcen. Im ersten Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung verpflichtet sich diese, zumindest den freien Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen zu fördern und dies als Standard zu etablieren (BMI 2017: 30f). Bildung im klassischen Sinne ist in Deutschland dagegen Sache der Länder. Deswegen fanden auch Überlegungen zu einer offenen Education Cloud im Aktionsplan der Bundesregierung bisher keinerlei Berücksichtigung.

Ansätze zu Open Access im Sinne des allgemeinen und kostenfreien Zugangs zu Forschungsergebnissen finden sich in den Wahlprogrammen von SPD (2017:14), Bündnis 90/Die Grünen (2017:165), Die Linken (2017:58), der FDP (2017:13) sowie der Piratenpartei (2017:26). Im Kern steht dabei die Frage, welche Publikationen durch einen lizenzfreien Basiszugang zur Verfügung gestellt werden müssen. In diesem Zusammenhang thematisieren SPD und Linke ein wissenschaftsfreundliches Urheberrecht, womit mehr Rechtssicherheit geschaffen werden soll. Dabei sollen alle mit öffentlichen Geldern erarbeiteten Informationen grundsätzlich öffentlich zugänglich gemacht werden. Die Linke schließt dabei auch Kultureinrichtungen ein, welche ihre digitalen Veröffentlichungen unter freien Lizenzen anbieten sollen. Auch die FDP und die Piratenpartei sprechen sich für Open Access zu öffentlich geförderter Forschung aus. Die Linke (2017:59), die FDP (2017:13) sowie die Piratenpartei (2017:26) verknüpfen Open Access zudem mit der Vergabe öffentlicher Gelder zur Forschungsförderung. So soll die Förderung an die Zusage einer freien Veröffentlichung geknüpft werden.

Open Education und der freie Zugang zu Lern- und Lehrmitteln findet sich in der Mehrzahl der untersuchten Parteiprogramme wieder. Neben dem primären Aspekt der generellen Bedeutung des Erwerbs digitaler Kompetenzen und der dafür benötigten technischen Ausstattung stehen dabei zwei Aspekte im Vordergrund. Neben dem offenen Zugang zu digitalen Materialien handelt es sich dabei um die Schaffung digital vernetzter Lernplattformen. Die SPD betont dabei zwar die Wichtigkeit von Open Educational Resources. Sie geht jedoch nicht näher auf das Konzept ein (SPD 2017:9) Eine klare Forderung formulieren die Piraten (2017:31) durch die offene Creative Commons Lizenzierung staatlich finanzierter Bildungsmaterialien. Der freie Zugang zu Bildungsressourcen soll sich dabei an den UNESCO-Richtlinien orientieren. Der Fokus der Parteien liegt hingegen auf Plattformen und Online-Lernangeboten. So möchte man etwa durch Online-Angebote an Hochschulen das Studium orts- und zeitflexibel ermöglichen und dabei auch den Zugang ohne Abitur verbessern (SPD 2017:9). Auch die FDP spricht sich für eine Plattform nach dem Vorbild der „Open University“ aus, dem freien Zugang zu Lehrmaterialien im Hochschulbereich sowie eine stärkere Nutzung neuer Methoden wie Vorlesungsaufzeichnungen oder Livestreams (FDP 2017:7). Zudem sollen laut dem Konzept der Piratenpartei sowohl Universitäten als auch Schulen eingeschlossen und durch die Plattform vernetzt werden.

Im Themenfeld von Open Access und Open Education zeigen sich zwischen den Parteien große Unterschiede im beigemessenen Stellenwert. Bei der AfD und den Freien Wählern finden sich dazu keinerlei Ansätze. CDU/CSU thematisieren diesen Aspekt bisher nur über eine innovative Bildungs-Cloud, ohne jedoch auf eine Offenheit dieses Ansatzes explizit einzugehen.

4.8 Web 2.0-Technologien und Social Media im öffentlichen Sektor

Die Bedeutung von Social Media und Web 2.0 zeigt sich anhand der Förderung von Social Media und Web 2.0 im öffentlichen Sektor, der Förderung von Open Source Software sowie offenen Standards und Schnittstellen.

Web 2.0 und Social Media spielen dabei im direkten Zusammenhang zunächst keine große Rolle. So beschränken CDU/CSU sich auf die Forderung, alle Generationen müssten den kompetenten Medienumgang erlernen, insbesondere auch von Social Media (CDU/CSU 2017:45). Die FDP thematisiert den Aspekt der Fake-News und Hass-Postings in sozialen Netzwerken (FDP 2017:52). Dabei lehnen die Freien Demokraten eine staatliche Prüfung oder Kontrolle auf Richtigkeit ebenso wie die Einführung eines Straftatbestandes der Desinformation ab. Gleichzeitig müssten strafbewehrte Postings in sozialen Netzwerken durch Polizei und Staatsanwaltschaften stärker verfolgt werden. Das Gewaltmonopol des Staates verhindere aber eine Übertragung dieser Aufgabe an die Website-Betreiber. Die Piraten beziehen Web 2.0 auf das Konzept der Smart City, welches nach Open Data Prinzipien intelligente Netze in vielfältigen Bereichen umfasst (Piratenpartei 2017:50).

Offener Software, Standards und Schnittstellen wird hingegen eine höhere Relevanz zugesprochen. Die Nutzung von Open Source Software wird durch SPD (2017:23), Grüne (2017:168) und die Piratenpartei (2017:68) thematisiert. Die SPD möchte dabei zunächst allgemein den Anteil von freier Software in der Verwaltung und Bildungseinrichtungen erhöhen. Auch die Grünen sehen freie und quelloffene Software, Formate und Standards als einen Eckpfeiler sicherer und zukunftsfähiger IT-Systeme. Damit soll sowohl die Diskriminierung in der Behördenkommunikation als auch die Abhängigkeit von einzelnen Herstellern gesenkt sowie gleichzeitig die Transparenz erhöht werden. Zudem würden offene Schnittstellen, Daten und Software Innovationen erleichtern. Neben dem grundsätzlichen Einsatz quelloffener Software in der Verwaltung führen die Piraten offene Schnittstellen und Standards als Grundlage für die Mobilität der Zukunft an. Einen Schritt weiter geht Die Linke, indem im Bildungssektor sowohl der Einsatz freier Software als auch offener Hardware gefordert wird.

Die Betrachtung der Wahlprogramme offenbart, dass bisher weder der Einsatz von Web 2.0 und Social Media noch die Nutzung offener Software und offener Standards in der Verwaltung eine große Rolle spielen. Einzig die Piratenpartei thematisiert beide Aspekte, während sich Grüne wie Linke auf offene Software und offene Standards konzentrieren. Zumindest Ansätze zur Nutzung von Web 2.0 sowie Social Media in Staat und Verwaltung finden sich bei CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP.

4.9 Offene Gesellschaftliche Innovation

Dem Themenkomplex der offenen gesellschaftlichen Innovationen sind neben Open Innovation, Crowdsourcing und Crowdfunding auch Open Societal Innovation zuzuordnen.

Der Ansatz von Open Societal Innovation als die Übertragung des aus der Privatwirtschaft bekannten Open Innovation-Ansatzes wird von SPD (2017:24), Bündnis 90/Die Grünen (2017:164), der Linken (2017:83) sowie der Piratenpartei (2017:26) thematisiert. Die restlichen Parteien äußern sich hierzu nicht. Als Basis für Open Societal Innovation kann zunächst die Forderung nach Open Innovation, Crowdsourcing sowie Crowdfunding untersucht werden. Die SPD möchte in diesem Sinne gemeinsam mit Wissenschaft und Wirtschaft regionale Innovationsagenturen gründen. Neben dem klassischen Wissenstransfer soll auch auf neuere Ansätze wie Open Innovation zurückgegriffen werden. Die Grünen wiederum formulieren lediglich die vage Forderung nach Innovationen im digitalen Zeitalter. Die Linken möchten die profitgetriebenen Innovationsstrategien durch gemeinwohl- und bedürfnisorientierte Innovationen ersetzen. Daraus kann die Forderung nach staatlich geförderten Open Innovation Ansätzen abgeleitet werden. Weitere Ansätze zu Open Innovation finden sich in den Parteiprogrammen nicht.

Zur offenen gesellschaftlichen Innovation fordert die SPD soziale Innovationen staatlich zu fördern, um gesellschaftliche Probleme zu lösen, wie dies beispielsweise durch Car-Sharing bereits erfolgreich praktiziert werde. Dabei müsse man für neue Verfahren und Lösungsstrategien in sämtlichen Bereichen des Lebens offen sein. In ihrem Gesamtansatz einer Demokratisierung der Wirtschaft fordert Die Linke auch die Nutzung von Open Innovation Programmen, um damit offene Standards zu fördern und Patentmissbrauch zu verhindern. Die Piratenpartei betrachtet Innovationen als unentbehrlich für die Weiterentwicklung einer Gesellschaft. Aus diesem Grund müsse das Patentrecht zugunsten von mehr Innovation und Freiheit reformiert werden.

4.10 Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürger am Wahlprogramm

Die Möglichkeiten für Bürger, am Parteiprogramm mitzuwirken, lassen sich anhand der Möglichkeit bewerten Ideen und Texte einzubringen und diese zu kommentieren sowie zu diskutieren. Zudem spielt es eine Rolle, ob Beiträge der Bürger auch im Wahlprogramm veröffentlicht wurden. 2017 zeigt sich, dass Bürger im Gegensatz zur Bundestagswahl 2013 bei keiner Partei eigene Texte direkt in das finale Wahlprogramm einbringen oder mit Politikern ausgiebig diskutieren konnten, wenn sie nicht Parteimitglied gewesen sind.

CDU/CSU ermöglichte es immerhin Bürgern während einer öffentlichen Beteiligungsphase Ideen einzubringen, welche anschließend durch Mitglieder in einem Netzwerk bewertet werden konnten. Zudem seien viele Gespräche mit Verbänden und Fachpolitikern geführt worden, deren Inhalte letztlich in die Arbeit am Text eingeflossen seien. Somit konnten zumindest in einem ersten Schritt alle Bürger Ideen einbringen, bevor sich der weitere Prozess auf die Parteimitglieder und die Parteiführung beschränkte (CDU 2017).

Die SPD bildete zur Erstellung des Wahlprogramms sieben Perspektiv-Arbeitsgruppen, in welchen die Partei mit Bürgern und Fachleuten über die inhaltliche Ausrichtung diskutierte. Das selbst formulierte Ziel stellte dabei die Einbindung der Ideen möglichst Vieler dar. Dabei wurden in unterschiedlichen

Stadien sowohl Bürger als auch Parteimitglieder eingebunden, wobei die letztlichen Entscheidungen durch die Mitglieder getroffen wurden (SPD 2017b).

Die FDP formuliert in ihrem Wahlprogramm zwar die Einladung an alle Bürger in Deutschland, die gemacht sowie weitere Ansätze mit ihnen zu diskutieren. Die Erstellung des Wahlprogramms selbst beschränkte sich aber auf die eigenen Parteimitglieder. Diesen wurden wiederum recht umfangreiche Beteiligungsmöglichkeiten geboten, indem über eine Plattform Forderungen diskutiert, kommentiert und ergänzt werden konnten. Durch den internen Charakter dieses Prozesses kann dennoch nicht von einer Mitwirkungsmöglichkeit für Bürger gesprochen werden (FDP 2017:86).

In den Programmen und auf den Webseiten der übrigen Parteien finden sich keine weiterführenden Informationen zur etwaigen Beteiligung von Bürgern oder Parteimitgliedern. Zumeist findet sich nur der Hinweis auf den Parteitag, auf dem das Programm durch die Delegierten verabschiedet wurde. Im Rahmen dieser Analyse bleiben alle die von den Parteien selbst nicht-erwähnten Aktivitäten zur Einbindung der Bürger sowie öffentliche Diskussionen des Parteiprogramms in der Presse und in sozialen Medien unberücksichtigt.

Möglichkeiten für Bürger, die Wahlprogramme der Parteien aktiv mitzugestalten finden, wurden lediglich durch die CDU/CSU, die SPD sowie die FDP geboten. Als direkte Mitwirkung der Bürger wird dabei verstanden, wenn diese Ideen und Texte einbringen und kommentieren sowie mit Politikern darüber diskutieren können sowie wenn letztlich formulierte Beiträge der Bürger im Original im Wahlprogramm veröffentlicht werden.

5 Vergleichende Übersicht zum Offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln in den Wahlprogrammen

5.1 Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln (Open Government)



- *Deutschland ist ein stabiles Land. Mit gefestigter Demokratie und funktionierender Rechtsstaatlichkeit.*
- *Mit einer offenen Gesellschaft und einem hohen Maß an persönlichem Wohlergehen.*



- *Es ist Zeit für eine offene und moderne Gesellschaft*
- *Fortschritt heißt für uns: Die offene Gesellschaft festigen.*
- *Gegen die Feinde der offenen Gesellschaft werden wir uns mit aller Entschlossenheit behaupten.*
- *Wir brauchen mehr Offenheit bei politischen Entscheidungen.*



- *Unsere Gesellschaft wurde offener und vielfältiger.*
- *Wir wollen Open Government voranbringen, eine Verwaltung, die transparent und auf Augenhöhe mit Bürgerinnen und Bürgern kommuniziert.*
- *lebendige Zivilgesellschaft für offene Gesellschaft zentral*



- *Wie viel Offenheit und Engagement in unserer Gesellschaft vorhanden ist, zeigen die Vielen in der Flüchtlingsolidarität.*
- *weltoffene Gesellschaft und respektvolles Miteinander*
- *Wir unterstützen Open Content-Lizenzen, die sich an Grundwerten von Offenheit und Teilhabe orientieren.*



- *Open-Data- und Open-Government-Strategie für Deutschland*
- *Open-Data und Open-Government bedeuten, dass nicht-unternehmensbezogene oder nichtpersonenbezogene Daten der Verwaltung in maschinenlesbarer Form veröffentlicht und frei zugänglich gemacht werden.*



- *Verteidigung der Demokratie in Deutschland*
- *Ohne Volkssouveränität keine Demokratie*
- *Bürgerlich-freiheitliche Rechtsordnung*



- *Wir wollen, dass Deutschland nach dem zögerlichen Beitritt zur internationalen Open Government Partnership (OGP) seine dortige Mitgliedschaft mit Leben füllt.*
- *Es geht um Zusammenarbeit im Bereich Transparenz, Bürgerbeteiligung, Korruptionsbekämpfung & Rechenschaftslegung.*



- *Für eine moderne, weltoffene Verwaltung Um eine vernünftige Gesellschaftspolitik zu gewährleisten, müssen die zuständigen Akteure über finanzielle Ausgestaltung und ausreichende Unabhängigkeit verfügen.*

5.2 Transparenz des Regierungs- und Verwaltungshandelns



- *Bürgerkonto: Jeder Bürger weiß, welche seiner Daten beim Staat verfügbar sind und wer auf diese Daten zugreift.*
- *Datentransparenz und Vorbeugung möglicher Missbräuche*
- *Durch digitale Lösungen schaffen wir Transparenz und ein Mittel gegen die Korruption in Entwicklungsländern.*



- *Europäisches Transparenzregister*
- *Mehr Offenheit bei Entscheidungen & „Exekutive Fußspur“*
- *Informationsfreiheitsrecht zu einem Informationsfreiheits- und Transparenzrecht weiterentwickeln.*
- *Alle Bundestagsabgeordneten legen ihre Einkünfte offen*



- *Verpflichtendes Lobbyregister und „Legislativer Fußabdruck“*
- *Die Arbeit des Bundestages muss transparenter werden.*
- *Bei Spenden an Parteien brauchen wir mehr Transparenz*
- *Wir wollen das bestehende Informationsfreiheitsgesetz zu einem umfassenden Transparenzgesetz weiterentwickeln.*



- *Wir wollen, dass öffentliche Unternehmen und Einrichtungen transparent arbeiten und dass Verträge offengelegt werden.*
- *Transparente Forschung und gesellschaftliche Verantwortung*
- *Lobbyregister & Register für korrupte Unternehmen*
- *Umfassende Informations- und Auskunftsrechte*



- *Eine solche Offenlegung führt zu mehr Transparenz sowie einer größeren Möglichkeit der öffentlichen Teilhabe.*
- *Planungsprozesse optimieren und mehr Transparenz*
- *Verfügungsgewalt über auf ihre Person bezogenen Daten*
- *Institutionelle Reformen für Transparenz & Effizienz in EU*



- *Lobbyismus eindämmen*
- *Bundestagsabgeordnete sollen ihre volle Arbeitskraft der parlamentarischen Arbeit widmen.*
- *Lobbyisten-Gesetz mit konkreten Rechten, Pflichten und Sanktionen für Mandatsträger und Lobbyisten*



- *Gläserner Staat statt gläserner Bürger*
- *Lobbyregister auf Bundesebene*
- *Transparenz in der EU schaffen*
- *Politische Entscheidungen müssen für die Bürger nachvollziehbarer gemacht werden.*



- *Freier Zugang zu öffentlichen Inhalten*
- *öffentlich zugängliches Bürgerinformations-Portal*
- *Transparenz in Jobcentern und bei Arbeitslosenstatistik*
- *Transparenz im Gesundheitssystem*
- *Transparente Außenpolitik*

5.3 Bürgerbeteiligung im politischen Prozess (Partizipation)



- *Interesse an Politik ist derzeit so groß wie schon lange nicht mehr. Das ist eine enorme Chance für unsere Demokratie.*
- *Wir können und wollen Menschen aus allen Alters- und Bevölkerungsschichten für Politik begeistern & die Akzeptanz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung stärken.*



- *Teilhabe heißt auch Beteiligung am politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben*
- *Direkte Demokratiebeteiligung auf Bundesebene stärken*
- *Petitionsrecht beim Deutschen Bundestag weiterentwickeln*
- *Absenkung des Quorums für öffentliche Petitionen*



- *In Kommunen, Ländern und auf Bundes- wie europäischer Ebene bauen wir die Bürger*innenbeteiligung aus.*
- *Bürger bei Planungs- und Bauvorhaben besser einbeziehen*
- *Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide*
- *Direkte Demokratie ist für uns GRÜNE ein zentrales Anliegen.*



- *Bürgerräte auf Bundes-, regionaler und kommunaler Ebene*
- *Whistleblower-Schutzgesetz*
- *Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide*
- *verbindliche Bürgerinnen- und Bürgerforen einrichten*
- *Petitionsrecht als Bürgerrecht weiter ausbauen*



- *Modernisierung unserer Demokratie*
- *Punktuelle Einsatz professionell moderierter Bürgerbeteiligung*
- *Probeweiser Ausbau von Instrumenten der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene und Landesebene*



- *Das Volk soll auch die Möglichkeit erhalten, eigene Gesetzesinitiativen einzubringen und per Volksabstimmung zu beschließen.*
- *Volksentscheide nach Schweizer Vorbild für Deutschland*
- *Freie Listenwahl und freies Mandat*



- *Mehr Demokratie*
- *Volksentscheide auf Bundesebene*
- *Neue Formen der Öffentlichkeitsbeteiligungen*
- *Elektronische Demokratie*
- *Online-Bürgerausschuss*



- *Einführung von offenen Listen, Kumulieren und Panaschieren*
- *Wahlrecht und Bürgerbeteiligung für alle Menschen*
- *Direkte Demokratie*
- *OPENANTRAG für den Bundestag*
- *Einführung bundesweiter Volksentscheide*

5.4 Zusammenarbeit im Verwaltungshandeln (Kollaboration)

	<ul style="list-style-type: none"> • Wir werden das Ehrenamt auf allen Ebenen stärken und fördern, denn sein Beitrag ist unersetzlich. • Wir wollen ehrenamtlich Tätige und Vereine von Bürokratie entlasten und durch Beratungsangebote unterstützen. • Errichtung Ehrenamts-Service-Agentur/Ehrenamtsstiftung
	<ul style="list-style-type: none"> • Teilhabe heißt auch Beteiligung [...] an zivilgesellschaftlichen Engagementmöglichkeiten • Bürgerschaftliches Engagement muss wertgeschätzt werden. • Finanzielle Mittel für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements deutlich aufstocken und strukturell absichern
	<ul style="list-style-type: none"> • Für offene Gesellschaft spielt lebendige Zivilgesellschaft zentrale Rolle. Engagement braucht Unterstützung • Wir wollen die Potenziale des digitalen Wandels für Bildung und Forschung, gleichberechtigte Teilhabe, sozialen Fortschritt und eine nachhaltige Wirtschaft nutzen.
	<ul style="list-style-type: none"> • Demokratische Kontrolle und Mitbestimmung durch Bürger sowie Beschäftigte über öffentliche Unternehmen/Eigentum • Sicherung der Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Arbeit • Commons-basierte, selbstverwaltete, nichtkommerzielle und öffentliche Alternativen zu Mainstream-Angeboten
	<ul style="list-style-type: none"> • Modernisierung unserer Demokratie • Unsere Republik braucht engagierte und mutige Bürger, die jenseits von Wahlen Verantwortung übernehmen. • Wir stärken die liberale Demokratie als Lebensform, indem wir ehrenamtliches & bürgerschaftliches Engagement fördern
	<ul style="list-style-type: none"> • Die AfD setzt sich ferner für die Schaffung eines Angebots zur Bürgerarbeit ein. • Unter Bürgerarbeit ist die Ausübung gemeinnütziger Arbeit durch Langzeitarbeitslose zu verstehen, die nicht in Konkurrenz zum Arbeitsmarkt steht.
	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Angaben
	<ul style="list-style-type: none"> • Commons (Gemeingüter): Vorfahrt für Kooperation, Selbstorganisation und Gemeinsinn • Freiräume für Selbstorganisation schaffen, Verantwortung teilen & Institutionen nachhaltig und erfolgreich organisieren • Mit Commons Teilhabe ermöglichen

5.5 Freie und offen zugängliche Verwaltungsdaten (Open Government Data)



- Wir haben das Open-Data-Gesetz beschlossen.
- Erarbeitung eines Datengesetzes. Dieses soll den generellen Zugang zu Daten für wirtschaftliche Zwecke ebenso regeln wie Befugnisse der Sicherheitsbehörden und berechnete Datenschutzinteressen der Bürgerinnen und Bürger.



- Die Daten der öffentlichen Verwaltung sollen der Bevölkerung grundsätzlich zur Verfügung stehen, wenn keine gewichtigen Gründe dagegen sprechen.
- Offene Daten (Open Data) kostenfrei bereitstellen zur Entwicklung innovativer Technologien & Geschäftsmodelle



- Für die Öffentlichkeit relevante Informationen werden dann nach den Kriterien von Open Data im Internet veröffentlicht.
- Open-Data-Regeln, die Behörden verpflichten, vorhandene Daten von sich aus leicht auffindbar, maschinenlesbar und kostenfrei und unter freier Lizenz bereitzustellen



- Daten und Informationen, die von Regierungen mit öffentlichen Geldern gesammelt und erstellt wurden, sollen allen Menschen frei zugänglich und nutzbar gemacht werden.
- Wir unterstützen Open Content-Lizenzen, die sich an Grundwerten von Offenheit und Teilhabe orientieren.



- Open-Data & Open-Government-Strategie für Deutschland
- Wir fordern zudem, dass der öffentliche Personennah- und Fernverkehr seine aktuellen Fahrplandaten in standardisierter, maschinenlesbarer Form, der Öffentlichkeit frei verwendbar, zur Verfügung stellen muss.



- Keine Angaben



- Keine Angaben, nur indirekter Verweis auf OGP-Engagement



- Möglichst alle durch öffentliche Stellen erzeugte oder mit Hilfe öffentlicher Förderung entstandene Inhalte der breiten Öffentlichkeit frei zugänglich machen
- Open Data für die Verkehrswende
- Industrie- und Verkehrslärm auf OpenData-Basis erfassen

5.6 Öffnung von Haushaltswesen und Haushaltsdaten (Open Budget 2.0)



- *Wir wollen unseren Kindern und Enkelkindern ein geordnetes Gemeinwesen hinterlassen:*
- *Der Staat darf dauerhaft nicht mehr ausgeben, als er einnimmt. Deshalb sind solide Staatsfinanzen so wichtig.*



- *Keine Angaben*



- *Keine Angaben*



- *Wir wollen die Demokratie ausweiten: indem wir mehr direkten Einfluss von Bürgerinnen und Bürgern auf politische Entscheidungen schaffen. [...] Und wir wollen Demokratie im Alltag stärken: durch Bürgerhaushalte, [...] Alle müssen gleichermaßen wirksam an den Entscheidungen beteiligt werden.*



- *Faire Balance zwischen Bürger und Staat*
- *Einführung einer Generationenbilanzierung von Gesetzen*
- *Einführung eines liberalen Bürgergeldes: Mehr Transparenz und für die Vereinfachung bei den steuerfinanzierten Sozialleistungen.*



- *Einführung eines Straftatbestands der Steuerverschwendung*
- *Verpflichtende Einführung der kaufmännischen Buchführung für alle Staatshaushalte.*



- *Anstand & Ordnung - Unsere wichtigsten Ziele bis 2021:*
 - *Transparenz und solide Staatsfinanzen*
 - *Finanzmärkte bändigen, Steuerflucht eindämmen*
 - *Bürgerrechte wahren - kein Überwachungsstaat*



- *Bürgerhaushalt: Bürgerinnen und Bürger sollen bundesweit ihre Meinung zur sinnvollen Verwendung von Investitionsgeldern sowie zu Einsparmaßnahmen im Bundshaushalt äußern. Die Stellungnahmen sollen gewichtet werden und bei der Aufstellung des Haushalts Berücksichtigung finden.*

5.7 Open Access und Open Education



- *Wir unterstützen die Schaffung einer innovativen neuen Bildungs-Cloud, mit der wir über Deutschland hinaus neue Maßstäbe setzen werden.*



- *Schulmodernisierungsprogramm: Auch mit digitaler Technik*
- *Schüler benötigen digitale Kompetenzen fächerübergreifend*
- *Digitalisierte Lernmaterialien offen zur Verfügung stellen*
- *Vernetzte digitale Lern-Plattformen und Open Access*
- *Digitalisierung der Hochschulen mit Ausstattungsinitiative*



- *Potenziale des digitalen Wandels für Bildung und Forschung*
- *Unterstützung von Open Access ebenso wie freie und nicht-kommerzialisierte Zugänge zu Lehr- und Lernmaterialien*
- *Die Kulturtechniken der Digitalisierung sollen allen Schülerinnen und Schülern vermittelt werden.*



- *Transparente Forschung und gesellschaftliche Verantwortung*
- *Wissenschaftsschranke im Urheberrecht verankern*
- *Offener Zugang zu Forschungsdaten und Open Science-Kultur*
- *Open Access als Veröffentlichungsstandard*
- *Mobiles Endgerät für Kinder als Teil der Bildungsausstattung*



- *Digitalisierung & Medienkompetenz in die Bildungsstandards*
- *1.000 Euro Technik-Investition pro Schülerin und Schüler*
- *Lebenslanges Lernen mit Online-Tools*
- *Zugänglichkeit öffentlich finanzierter Forschungsergebnisse*
- *Online-Zugang zu Lehrmaterialien an Hochschulen*



- *Keine Angaben*



- *Keine Angaben*



- *Freier Zugang zu Bildung und Wissenschaft*
- *OER (Open Educational Resources)*
- *Freier Zugang zu allen aus Steuermitteln finanzierten Forschungsergebnissen (Open Access)*
- *Open Access in der Entwicklungspolitik*

5.8 Web 2.0-Technologien und Social Media im öffentlichen Sektor



- *Alle Generationen sollen kompetent mit den gängigen Medien umgehen können. Kinder sollten bereits in der Schule fächerübergreifend Medienkompetenz insbesondere mit sogenannten social media erlernen.*



- *Das schnelle Wachstum des Internets ist auch der Verfügbarkeit von freier Software zu verdanken: Diese Idee wollen wir übertragen und den Anteil freier Software in Verwaltung und Bildungseinrichtungen erhöhen, um innovative Unternehmensgründungen im regionalen Markt zu unterstützen.*



- *Einsatz von offenen und diskriminierungsfreien Standards in Behörden und bei der Behördenkommunikation ausbauen*
- *Freie, quelloffene Software und freie Formate und Standards sind Eckpfeiler für sichere und zukunftsfähige IT-Systeme*
- *Kleinunternehmern Zugang zu Mikrokrediten verbessern*



- *Digitaler Secondhand*
- *Commons-basierte, selbstverwaltete, nichtkommerzielle und öffentliche Alternativen zu Mainstream-Angeboten in Form von offenen Technologien und Plattformen sowie dezentralisierten Infrastrukturen*



- *Fake-News: Einsatz für Meinungs- und Pressefreiheit jenseits von falschen Tatsachenbehauptungen*
- *Ablehnung jede Form von staatlicher Kontrolle oder Prüfung*
- *Ablehnung der Einführung Straftatbestand Desinformation.*
- *Strafbewehrte Hass-Postings konsequenter verfolgen*



- *Keine expliziten Angaben*



- *Keine expliziten Angaben*



- *Intelligente Städte und Regionen*
- *Förderung intelligenter Städte und Regionen durch Bund*
- *Open Data für die Verkehrswende*
- *Quelloffene Software in der Verwaltung einsetzen*
- *Bei Neuanschaffungen freie Alternativen stets prüfen*

5.9 Offene Gesellschaftliche Innovation



- *Forschung und Innovation sind Grundlage von Wachstum und Wohlstand. Nur wenn wir stetig und ausreichend in Grundlagenforschung, anwendungsbezogene Forschung und neue Technologien investieren, werden wir im internationalen Wettbewerb unsere Spitzenposition behaupten können.*



- *Gemeinsam mit Partnern aus Wissenschaft und Wirtschaft wollen wir regionale Innovationsagenturen gründen.*
- *Wissenschaftler dafür begeistern, Unternehmen zu gründen*
- *Für Wachstum und Erfolg brauchen Unternehmen einen handlungsfähigen Staat, der Impulse für Innovationen setzt.*



- *Für Innovationen im digitalen Zeitalter, bessere (digitale) Infrastruktur und für mehr IT-Sicherheit für alle Menschen und Unternehmen ist Regulierung erforderlich.*
- *Gemeinsam mit einer engagierten Zivilgesellschaft streiten wir für schnelles, neutrales Internet*



- *Innovationen und Digitalisierung in den Dienst des Öffentlichen stellen. »Smart Cities« von links sind öffentlich, transparent und für alle zugänglich.*
- *Wir wollen Entwicklung, Produktion und Distribution demokratisieren: Dazu gehören Open Innovation-Programme.*



- *Innovationsprinzip zusätzlich zum Vorsorgeprinzip bei politischen Entscheidungen. Das bedeutet, dass bei der Folgenabschätzung nicht nur auf mögliche Risiken einer Maßnahme geschaut wird. Genauso intensiv muss ermittelt werden, welche Chancen verloren gehen, wenn man es unterlässt.*



- *Keine expliziten Angaben*



- *Keine expliziten Angaben*



- *Bildung ist Motor für Wissen, Wirtschaft, Innovation & Kreativität & unentbehrlich für die Weiterentwicklung einer Gesellschaft & die souveräne Teilhabe ihrer Mitglieder an dieser*
- *Reform des aktuellen Patentrechts zugunsten von mehr Innovation und Freiheit*

5.10 Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürger am Wahlprogramm

	<ul style="list-style-type: none"> • Fachgremien der CDU, also die Bundesfachausschüsse und Netzwerke, Bürgerinnen und Bürger während der öffentlichen Beteiligungsphase zum Wahlprogramm und CDU-Mitglieder • Gemeinsam mit der CSU wurden viele Gespräche mit Verbänden und Fachpolitikern geführt
	<ul style="list-style-type: none"> • Die Perspektivdebatte leitete die Programmarbeit ein. Intensive Diskussionen mit Bürgerinnen und Bürgern, Fachleuten und der gesamten Partei bestimmen den Weg der SPD über sieben Perspektiv-Arbeitsgruppen zum Programm für die Bundestagswahl 2017.
	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Angaben im Bundestagswahlprogramm • Keine weiteren Informationen auf der Webseite der Partei im Bereich des Bundestagswahlprogramms aufgeführt • Beschlossen auf 41. Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16. bis 18. Juni 2017 in Berlin
	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Angaben im Bundestagswahlprogramm • Keine weiteren Informationen auf der Webseite der Partei im Bereich des Bundestagswahlprogramms aufgeführt • Beschlossen auf dem Parteitag der LINKEN in Hannover vom 9. bis 11. Juni 2017
	<ul style="list-style-type: none"> • Gute Ideen kann man nie genug haben. Wir laden ein, diese und viele weitere Ideen mit uns zu diskutieren. • Viele Mitglieder haben sich an der Ausarbeitung des Wahlprogramms auf meine-freiheit.de beteiligt. • Große Umfrage per E-Mail und Freiheitskonvent
	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Angaben im Bundestagswahlprogramm • Keine weiteren Informationen auf der Webseite der Partei im Bereich des Bundestagswahlprogramms aufgeführt • Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Köln am 22./23. April 2017
	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Angaben im Bundestagswahlprogramm • Keine weiteren Informationen auf der Webseite der Partei im Bereich des Bundestagswahlprogramms aufgeführt • Programm „Die anständige Alternative“ wurde am 18. März 2017 auf dem Hambacher Schloss verabschiedet.
	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Angaben im Bundestagswahlprogramm • Keine weiteren Informationen auf der Webseite der Partei im Bereich des Bundestagswahlprogramms aufgeführt

6 Fazit: Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln im Wahlkampf

Um bei der Bundestagswahl 2017 die Wähler für sich zu gewinnen, müssen die Parteien programmatisch viele Themen besetzen. Bei der Betrachtung der acht Wahlkampfprogramme von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP, AfD, Freie Wähler und Piratenpartei Deutschland überrascht es nicht, dass 2017 vor allem Aussagen zur Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik, Europapolitik, Familienpolitik, Migrationspolitik, Sicherheitspolitik, Sozialpolitik, Steuerpolitik und Umweltschutzpolitik dominieren. Doch auch die Digitalisierung fordert ihren Platz. Bundeskanzlerin Merkel mahnte im Januar 2017 gegenüber dem Deutschen Beamtenbund bereits, wenn [das Tempo der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung so beibehalten wird](#), dann werden wir in Deutschland nicht sehr erfolgreich sein, sondern in Kürze zu den Entwicklungsländern weltweit gehören (Merkel 2017). Aber lassen sich mit Themen der Digitalisierung in Deutschland heute Wahlen gewinnen?

In ihren Wahlprogrammen setzen CDU, FDP und die Piratenpartei Deutschland auf eigenständige Kapitel zur Digitalisierungspolitik, die sie um Impulse zur Digitalisierung in den anderen Politikfeldern ergänzen. Bei der AfD, Bündnis 90/Die Grünen, den Linken, Freie Wählern und der SPD finden sich mehr oder weniger Vorschläge zur Digitalisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft quer über das gesamte Programm verteilt. Nach mehr als 50 Jahren ADV, EDV und E-Government in Deutschland, nach vier Jahren Digitaler Agenda der Bundesregierung (<https://www.digitale-agenda.de>), nach einer vernichtenden Kritik des Nationalen Normenkontrollrats (Fromm/Welzel/Nentwig/Weber 2015), großer Unzufriedenheit von Opposition (Deutscher Bundestag 2016a) und Regierungsfraktionen im Deutschen Bundestag (Deutscher Bundestag 2016b) sowie nach Aufstieg und Fall der Piratenpartei scheint die Digitalisierung nun doch in den Parteien angekommen zu sein. Aber mitnichten findet sich ein Einklang in Zielen und Vorschlägen (ARD 2017, Biselli 2017, Hauck 2017, Steiner 2017). Vielmehr haben sich die Parteien mit den für ihre Wählerschaft attraktivsten Bereichen auseinandergesetzt und sehr unterschiedliche Vorschläge unterbreitet, die es auf Grund ihrer Vielfalt nach der Wahl durchaus von der neuen Bundesregierung in ihrer ganzen Breite zu reflektieren gilt.

Für die CDU ist Digitalisierung künftig Chefsache. Chancen dieser globalen Entwicklung müssen erkannt und für Deutschland genutzt werden. Auf die Chancen setzt auch die SPD, die gerechte Rahmenbedingungen und modernste Infrastruktur einfordert. Bündnis 90/Die Grünen wollen den digitalen Wandel politisch gestalten und ihre Politik an den Interessen der Menschen und nicht der Konzerne ausrichten. Dazu setzen sie auf die Werte Freiheit, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Demokratie. Die Linken fordern ein Investitions- und Zukunftsprogramm, um Innovationen und Digitalisierung in den Dienst des Öffentlichen zu stellen. Smarte Städte von links seien öffentlich, transparent und für alle zugänglich. Die FDP setzt auf die Digitalisierung der Bildung, einen digitalen Binnenmarkt für Europa und einen unkomplizierten Staat. Die AfD will das Internet als Ort der freien Meinungsäußerung erhalten und fordert einen Anspruch auf Teilhabe am digitalen Leben und an der digitalen Wirtschaft ein. Die Freien Wähler kämpfen gegen die Ausspähung unbescholtener Bürger, fordern Datenschutz auf höchstem Niveau, Regeln für ein Internet der Freiheit und Vielfalt, eine Digitalisierung der Wirtschaft und eine Gigabit-Offensive. Die Piratenpartei setzt sich für Netzpolitik, digitale Lernräume, digitale Gemeingüter, die elektronische Gesundheitskarte und eine transparente Außenpolitik ein.

Nach der offiziellen Teilnahme Deutschlands an der Open Government Partnership im Dezember 2016 wird ein intensiveres Engagement in der Open Government Partnership nur noch in einem Wahlprogramm konkret gefordert, von den nicht im Deutschen Bundestag vertretenen Freien Wählern. Alle anderen Parteien erwähnen in ihren Wahlprogrammen die Partnerschaft nicht, leben die durch die Teilnahme unterstützten Werte aber bereits. Immerhin, wenn auch erst im August 2017, setzte die CDU/CSU/SPD-Bundesregierung mit dem ersten Nationalen Aktionsplan zur Open Government Partnership (BMI 2017) für die kommenden beiden Jahre eigene Akzente, die unabhängig von den Inhalten der Wahlprogramme Einfluss auf den künftigen Koalitionsvertrag haben werden.

Diese im Juli und August 2017 durchgeführte Analyse zu einem offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln in den Wahlkampfprogrammen zeigt, dass die relevanten Themenfelder in allen Wahlprogrammen angesprochen werden, allerdings in unterschiedlichster Ausprägung und Qualität. Die CDU favorisiert Open Data und ein Datengesetz. Während die SPD mehr Offenheit bei politischen Entscheidungen anmahnt und die Transparenz des staatlichen Handelns verbessern möchte, setzen Bündnis 90/Die Grünen, Freie Wähler, Die Linke, Piratenpartei und SPD auf ein verpflichtendes Lobbyregister beim Deutschen Bundestag sowie den legislativen Fußabdruck. Auch ein Transparenzgesetz wird von einigen Parteien gefordert. Transparenz, Bürgerbeteiligung, Zusammenarbeit, die Öffnung von Datenbeständen, die Öffnung des Haushaltswesens, Open Access und offene Bildungsplattformen, Open Source und Open Innovation könnten also Themen der kommenden vier Jahre werden. Die meisten Vorschläge zu Open Government finden sich (in abnehmender Reihenfolge) in den Wahlkampfprogrammen der Piratenpartei Deutschland, Bündnis 90/Die Grünen, der Linken und der SPD. Eine geringere Rolle spielt es dagegen bei FDP, CDU/CSU, Freien Wählern und AfD.

In nahezu allen Wahlprogrammen finden sich zudem Forderungen zur Förderung künftiger Technologien wie dem Internet der Dinge (Industrie 4.0), dem taktilen Internet (5G-Mobilfunknetze), der Künstlichen Intelligenz, dem autonomen Fahren und der smarten Lebenswelt. Immer wieder werden im Sinne von Smart Government (von Lucke 2016) für Verwaltung, Polizei und Justiz eine Ausrüstung und eine Technik auf dem neuesten Stand eingefordert. Die SPD fordert einen Algorithmen-TÜV, damit niemand durch softwaregestützte Entscheidungen diskriminiert wird oder zu Schaden kommt. Die Linken gehen da viel weiter, indem sie militärische Drohneneinsätze ablehnen, Bundeswehr und Polizei die Anschaffung von Kampf- und Überwachungsdrohnen untersagen und alle unbemannten und vollautonomen Kampfsysteme im Rahmen einer internationalen Konvention ächten wollen.

Der von Bundeskanzlerin Merkel beklagte Rückstand Deutschlands im E-Government hat auch etwas mit dem Ressortprinzip, dem Föderalismus und der kommunalen Selbstverwaltung deutscher Prägung zu tun. Zum Abschluss der Legislaturperiode konnten mit den ersten Nationalen Aktionsplan zur Open Government Partnership (BMI 2017) und der anvisierten Zusammenarbeit mit den Ländern und Kommunen über den IT-Planungsrat wichtige Grundlagen für Open Government in Deutschland gelegt werden.

Vermutlich werden sich auch dieses Mal die Bundestagswahlen mit Themen der Digitalisierung und mit einem offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln nur bedingt gewinnen lassen. Sicherlich werden diese Themen aber die Bundesrepublik Deutschland in den kommenden Legislaturperioden sehr viel stärker prägen und verändern als viele Beobachter und Gestalter dies bisher angenommen haben. Das sollte nicht vergessen werden, wenn die Wähler in Deutschland am 24. September 2017 zur Bundestagswahl gehen werden.

Betrachtete Wahlprogramme

CDU/CSU 2017: CDU/CSU: Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. - Regierungsprogramm 2017 -2021, Programm vom 03.07.2017, Christlich Demokratische Union und Christlich-Soziale Union, Berlin 2017. Online: <https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/170703regierungsprogramm2017.pdf>.

SPD 2017: SPD: Zeit für mehr Gerechtigkeit - Unser Regierungsprogramm für Deutschland, Programm vom 26.06.2017, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Berlin 2017. Online: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Regierungsprogramm/SPD_Regierungsprogramm_BTW_2017_A5_RZ_WEB.pdf.

B90 2017: Bündnis 90/Die Grünen: Zukunft wird aus Mut gemacht – Bundestagswahlprogramm 2017, Programm vom 18.06.2017, Bündnis 90/Die Grünen, Berlin 2017. Online: https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlprogramm_2017_barrierefrei.pdf.

Linke 2017: Die Linke 2017: Die Zukunft, für die wir kämpfen – Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017, Programm vom 11.06.2017, Berlin 2017. Online: https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2017/wahlprogramm2017/die_linke_wahlprogramm_2017.pdf.

FDP 2017: FDP: Bürgerprogramm 2013 – Schauen wir nicht länger zu. – Programm der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2017, Programm vom 10.07.2017, Freie Demokratische Partei, Berlin 2017. Online: <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2017/08/07/20170807-wahlprogramm-wp-2017-v16.pdf>.

AfD 2017: AfD: Programm für Deutschland - Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, Programm vom 23.04.2017, Alternative für Deutschland, Berlin 2017. Online: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf.

FW 2017: Freie Wähler: FREIE WÄHLER – Die anständige Alternative – Wahlprogramm der Freie Wähler Bundesvereinigung zur Bundestagswahl 2017, Programm vom 18.03.2017, Freie Wähler Bundesvereinigung, Berlin 2017. Online: http://www.freiewaehler.eu/fileadmin/user_upload/Bundesvereinigung/BTW_2017/2017-04-07_Wahlprogramm_Die_anstaendige_Alternative_final.pdf.

Piratenpartei Deutschland 2017: Piratenpartei Deutschland: Freu dich aufs Neuland - Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 der Piratenpartei Deutschland, Programm vom 11.08.2017, Piratenpartei Deutschland, Berlin 2013. Online: <https://www.piratenpartei.de/files/2017/08/Wahlprogramm-BTW2017.pdf>.

Literatur

AK OGP 2017: Arbeitskreis Open Government Partnership Deutschland: Zivilgesellschaftliche Empfehlungen für den nationalen Aktionsplan Open Government Partnership - 23. März 2017 - Kompakte Zusammenstellung für die Bundesregierung, Arbeitskreis Open Government Partnership Deutschland, Berlin 2017. Online: https://opengovpartnership.de/files/2017/03/170323_Zivilgesellschaftliche_Empfehlungen_NAP_OG_P.pdf.

ARD 2017: ARD aktuell: Programmvergleich - Wie die Parteien die Digitalisierung gestalten wollen, in: ARD aktuell (Hrsg.) Programme im Vergleich - Was die wichtigsten Parteien versprechen, Tagesschau.de, Norddeutscher Rundfunk, Hamburg 2017. Online: <http://www.tagesschau.de/inland/btw17/programmvergleich/programmvergleich-digitalisierung-101.html> und <http://www.tagesschau.de/inland/btw17/programmvergleich/programmvergleich-start-101.html>.

Biselli 2017: Biselli, Anna: Der netzpolitische Wahlprogramm-Vergleich, netzpolitik.org, Berlin 2017. Online: <https://netzpolitik.org/2017/der-netzpolitische-wahlprogramm-vergleich-teil-1-transparenz-und-offene-daten/>.

BLA 2012: Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Förderung des Open Government: Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln (Open Government) - Eckpunkte zur Förderung von Transparenz, Teilhabe und Zusammenarbeit, IT-Planungsrat, Berlin 2012. Online: https://www.govdata.de/documents/10156/18448/Eckpunkte_Open_Government.pdf.

BMI 2017: Bundesministerium des Inneren: Teilnahme Deutschlands an der Open Government Partnership – Erster Nationaler Aktionsplan 2017-2019, Bundesministerium des Inneren, Berlin 2017. Online: http://www.verwaltung-innovativ.de/SharedDocs/Publikationen/Internationales/nationaler_aktionsplan_dt.pdf?__blob=publicationFile&v=1.

CDU 2017: Christlich Demokratische Union: Regierungsprogramm 2017 -2021, Christlich Demokratische Union, Berlin 2017. Online: <https://www.cdu.de/regierungsprogramm>.

CSU 2017: Christlich-Soziale Union: Der Bayernplan – Klar für unser Land, Programm der CSU zur Bundestagswahl 2017, Parteivorstand der Christlich-Sozialen Union (CSU), München 2017. Online: http://www.csu.de/common/download/Beschluss_Bayernplan.pdf.

Deutscher Bundestag (2016a): Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Stillstand beim E-Government beheben – Für einen innovativen Staat und eine moderne Verwaltung, Drucksache 18/9056, Berlin. Online: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/090/1809056.pdf>.

Deutscher Bundestag (2016b): Fraktionen der CDU/CSU und SPD: Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD - Innovativer Staat – Potenziale einer digitalen Verwaltung nutzen und elektronische Verwaltungsdienstleistungen ausbauen, Drucksache 18/9788, Berlin. Online: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/097/1809788.pdf>.

Fromm/Welzel/Nentwig/Weber (2015): Fromm, Jens; Welzel, Christian; Nentwig, Lutz und Weber, Mike: E-Government In Deutschland: Vom Abstieg zum Aufstieg, Gutachten, Kompetenzzentrum Öffentliche Informationstechnologie und Nationaler Normenkontrollrat, Berlin. Online: https://www.normenkontrollrat.bund.de/Webs/NKR/Content/DE/Download/2015_11_12_gutachten_egov_2015.pdf?blob=publicationFile&v=6.

GI 2012: Gesellschaft für Informatik: Memorandum zur Öffnung von Staat und Verwaltung (Open Government) - Positionspapier der Fachgruppe Verwaltungsinformatik und des Fachbereichs Informatik in Recht und öffentlicher Verwaltung der Gesellschaft für Informatik, in: Verwaltung und Management, 18. Jahrgang, Heft 6, Nomos Verlag, Baden-Baden 2012, S. 333 - 335. Online: <http://fb-rvi.gi.de/fileadmin/gliederungen/fg-vi/FGVI-121016-GI-PositionspapierOpenGovernment.pdf>.

Hauck 2017: Hauck, Mirjam: Digitalpolitik - Zwischen Phrasen und klarer Haltung, Süddeutsche Zeitung, 24. Juli 2017, München 2017. Online: <http://www.sueddeutsche.de/digital/digitalpolitik-zwischen-phrasen-und-klarer-haltung-1.3600772>.

Klessmann/Denker/Schieferdecker/Schulz 2012: Klessmann, Jens; Denker, Philipp; Schieferdecker, Ina und Schulz, Sönke E. 2012: Open Government Data Deutschland - Eine Studie zu Open Government in Deutschland im Auftrag des Bundesministerium des Innern, Berlin 2012. Online: <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/ModerneVerwaltung-OeffentlicherDienst/ModerneVerwaltung/opengovernment.pdf?blob=publicationFile>.

von Lucke 2010: von Lucke, Jörn: Open Government - Öffnung von Staat und Verwaltung, Deutsche Telekom Institute for Connected Cities, Zeppelin University gGmbH, Friedrichshafen 2010. Online: https://www.zu.de/institute/togi/assets/pdf/JvL-100509-Open_Government-V2.pdf.

von Lucke 2012: von Lucke, Jörn: Open Government Collaboration - Offene Formen der Zusammenarbeit beim Regieren und Verwalten, Zeppelin Universität gemeinnützige GmbH, Friedrichshafen 2012. Online: <https://www.zu.de/institute/togi/assets/pdf/JvL-121025-OpenGovernmentCollaboration-V1.pdf>.

von Lucke 2014: von Lucke, Jörn: Open Government in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2013 - Wie steht es mit dem offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln?, in: Jörn von Lucke (Hrsg.): Das offene Regierungs- und Verwaltungshandeln und seine Perspektiven im Wahljahr 2013, Schriftenreihe des Deutsche Telekom Institute for Connected Cities | TICC der Zeppelin Universität Friedrichshafen, Band 6, epubli GmbH, Berlin 2014, S. 79 - 110. ISBN 978-3-8442-8684-7, ISSN: 2193-8946. Online: <http://www.epubli.de/preview/publication/36523> und <https://www.zu.de/institute/togi/assets/pdf/TICC-140401-TICC-Band-6-Open-Government-V1.pdf>.

von Lucke 2014b: von Lucke, Jörn: Analyse von Wahlprogrammen mit dem Open Government Index zur Bundestagswahl 2013 - Wie steht es mit dem offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln?, in: Jörn von Lucke (Hrsg.): Das offene Regierungs- und Verwaltungshandeln und seine Perspektiven im Wahljahr 2013, Schriftenreihe des Deutsche Telekom Institute for Connected Cities | TICC der Zeppelin Universität Friedrichshafen, Band 6, epubli GmbH, Berlin 2014, S. 111 - 131. ISBN 978-3-8442-8684-7, ISSN: 2193-8946. Online: <http://www.epubli.de/preview/publication/36523> und <https://www.zu.de/institute/togi/assets/pdf/TICC-140401-TICC-Band-6-Open-Government-V1.pdf>.

von Lucke 2016: von Lucke, Jörn: Smart Government – Intelligent vernetztes Regierungs- und Verwaltungshandeln in Zeiten des Internets der Dinge und des Internets der Dienste, Schriftenreihe des The Open Government Institute | TOGI der Zeppelin Universität Friedrichshafen, Band 16, epubli GmbH, Berlin 2016. ISBN: 9783844218008. Online: <https://www.epubli.de/shop/buch/56394> und <https://www.zu.de/institute/togi/assets/pdf/TOGI-160929-TOGI-Band-16-Smart-Government-V1.pdf>.

von Lucke 2017: von Lucke, Jörn: Open Government: „Demokratie heißt zuhören und die Hand reichen.“, in: Verwaltung & Management, 23. Jahrgang, Heft 4, Nomos Verlag, Baden-Baden 2017, S. 197 - 201. ISSN 0947-9856. Online: <https://doi.org/10.5771/0947-9856-2017-4-197>.

von Lucke/Geiger 2010: von Lucke, Jörn und Geiger, Christian: Open Government Data - Frei verfügbare Daten des öffentlichen Sektors, Deutsche Telekom Institute for Connected Cities, Zeppelin University gGmbH, Friedrichshafen 2010. Online: <https://www.zu.de/institute/togi/assets/pdf/TICC-101203-OpenGovernmentData-V1.pdf>.

von Lucke/Geiger/Hoose/Schreiner 2011: von Lucke, Jörn; Geiger, Christian; Hoose, Alexander und Schreiner, Mario: Open Budget 2.0 & Open Budget Data - Öffnung von Haushaltswesen und Haushaltsdaten, Deutsche Telekom Institute for Connected Cities, Zeppelin University, Friedrichshafen 2011. Online: <https://www.zu.de/institute/togi/assets/pdf/TICC-111024-OpenBudget-V1.pdf>.

von Lucke/Herzberg/Kluge/vom Brocke/Müller/Zimmermann 2012: von Lucke, Jörn; Herzberg, Johann; Kluge, Ulrike; vom Brocke, Jan; Müller, Oliver; Zimmermann, Hans-Dieter: Offene gesellschaftliche Innovation - Die Seealemannische Definition, eSocietyBodensee 2020 Blog, Friedrichshafen 2012. Online: <http://esocietybodensee2020.wordpress.com/publikationen/offene-gesellschaftliche-innovation-die-seealemannische-definition>.

Merkel 2017: Merkel, Angela: Rede von Bundeskanzlerin Merkel zur dbb Jahrestagung 2017 am 9. Januar 2017, Bundeskanzleramt, Berlin. Online: <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2017/01/2017-01-10-rede-merkel-dbb.html>.

Polis180 2017: Abels, Christoph; Schmechel, Lisa und Stracke, Elmar: Wahlprogrammcheck Digitalisierung, Polis180 e.V., Berlin 2017. Online: <https://polis180.org/demokratie-braucht-dich/wahlprogrammcheck-digitalisierung>.

Raffl/von Lucke/Müller/Zimmermann/vom Brocke 2014: Raffl, Celina; von Lucke, Jörn; Müller, Oliver; Zimmermann, Hans-Dieter und vom Brocke, Jan: Handbuch für offene gesellschaftliche Innovation, Schriftenreihe des The Open Government Institute | TOGI der Zeppelin Universität Friedrichshafen, Band 11, epubli GmbH, Berlin 2014. ISBN 978-3-7375-2027-0, ISSN: 2193-8946. Online: <https://www.epubli.de/shop/buch/44238> und <https://www.zu.de/institute/togi/assets/pdf/TOGI-150218-TOGI-Band-11-Raffl-OGI-Handbuch-V2.pdf>.

Schlesinger/Etzold 2017: Schlesinger, Christian und Etzold, Marc: Standort Deutschland - Warum Deutschland bei der Digitalisierung lahm, Wirtschaftswoche vom 24. Juli 2017, Handelsblatt GmbH, Düsseldorf 2017. Online: <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/standort-deutschland-warum-deutschland-bei-der-digitalisierung-lahmt/20083202-all.html>.

SPD 2017b: Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Programmdebatte, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, 2017. Online: <https://www.spd.de/partei/programmdebatte/>

Steiner 2017: Steiner, Falk: Digitalpolitik im Wahlkampf - Viele Ideen, wenig Gemeinsamkeiten, Deutschlandfunk, Sendung vom 21. Juli 2017, Köln 2017. Online: http://www.deutschlandfunk.de/digitalpolitik-im-wahlkampf-viele-ideen-wenig.724.de.html?dram:article_id=391676 und http://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2017/07/21/viele_ideen_wenig_gemeinsamkeiten_die_digitalpolitik_im_dlf_20170721_1840_3cbbe9d9.mp3.

t3n 2017: t3n digital pioneers: Alle Programme der großen Parteien im t3n-Digitalcheck, yeebase media GmbH, Hannover 2017. Online: <http://t3n.de/tag/bundestagswahl-2017>.

Alle Angaben zu den Online-Quellen entsprechen dem Stand zum 30. August 2017.